Inhaltsverzeichnis

Vorträge

Seite 2

Festschrift

Seite 9

Wissenschaftspreis

Seite 10

Semester

Seite 11

Vortragsreihe /

Südamerika Seite 20

Wissenschaftsmanagement

Seite 22

Kurzmeldungen

Seite 24

Aus der Weiterbildung

Seite 28

Messe Moderner Staat

Seite 36

Führungskolleg Speyer

Seite 38

Personalia

Seite 40

Liebe Leserinnen und Leser,

erneut kann die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer auf ein sehr erfolgreiches Semester zurückblicken. Es war wie kein anderes geprägt durch personelle Veränderungen an der Hochschule. So kann denn in diesem Heft auch über gleich drei Antrittsvorlesungen berichtet werden, in denen sich zwei Professoren und ein Privatdozent der Öffentlichkeit vorstellten und somit ihren Beitrag zum künftigen Profil der Hochschule umreißen konnten.

Ein weiteres Highlight des vergangenen Wintersemesters 2004/2005 war sicherlich die beeindruckende Semesterantrittsrede des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck, der wenige Tage vor dem Scheitern der Föderalismuskommission in Speyer seine Sicht auf die Zukunft des föderalen Gemeinwesens verdeutlichte. Der Vortrag wurde in den Speyerer Vorträgen veröffentlicht.

Zu nennen sind als weitere Semesterhöhepunkte natürlich der Semesterball "In 80 Tagen um die Welt" sowie die 73. Staatswissenschaftliche Fortbildungstagung, die sich ebenfalls mit der Zukunft des Föderalismus in Deutschland und Europa auseinandersetzte. Ihr Höhepunkt war der engagierte Vortrag des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Jürgen Papier.

Und dann war da noch die Beteiligung der Hochschule an der Messe Moderner Staat auf dem Berliner Messegelände, durch welche die Hochschule auf dem Ländernachmittag in den Mittelpunkt des Interesses der zahlreichen Messebesucher rückte. Die Resonanz war so groß, dass wir bereits unseren Messeauftritt im kommenden November planen, und das dieses Mal als Mitveranstalter.

Den bleibendsten Eindruck hat bei mir aber das außerordentliche Engagement der Hörerinnen und Hörer zu Gunsten der Opfer der Flutkatastrophe in Ostasien hinterlassen; innerhalb kürzester Zeit konnte hier eine Versteigerung für den guten Zweck organisiert werden. Allen Beteiligten hieran sei an dieser Stelle für ihren Einsatz herzlich gedankt!

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht Ihnen

1hr Rudoly Fisch

Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch Rektor der DHV Speyer

Zur Zukunft des föderalen Gemeinwesens

Semestereröffnungsvortrag von Ministerpräsident Kurt Beck



Die bis auf den letzten Platz vollbesetzte Aula bei der Eröffnung des Wintersemesters durch Ministerpräsident Kurt Beck

Kein geringerer als der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck selbst begrüßte die neuen Hörerinnen und Hörer für das Wintersemester 2004/2005 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Die feierliche Semestereröffnung mit dem traditionellen Eröffnungsvortrag fand in diesem Semester am 23. November 2004 in der Aula statt.

Bereits am 2. November 2004 hatte der Lehrbetrieb für die 502 Hörerinnen und Hörer begonnen, von denen allein 61 vom Land Rheinland-Pfalz nach Speyer entsandt worden waren. Neben dieser Gruppe, die Ministerpräsident Beck als ihr oberster Dienstherr begrüßen durfte, galt sein besonderer Gruß den Referendarinnen und Referendaren, die aus den übrigen 15 Ländern nach Speyer entsandt



Der Chef der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei, Staatssekretär Stadelmaier, und Ministerpräsident Kurt Beck (v. r.)

worden waren, um sich hier in ihrem Referendariat in Sachen Verwaltungswissenschaften weiterzuqualifizieren.

In seiner Begrüßung der zahlreichen Gäste wies Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch als Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer darauf hin, dass dem Wintersemester 2004/2005 gerade hinsichtlich der Ausbildung der Rechtsreferendare Modellcharakter zukomme. Nach der jüngsten Reform der Juristenausbildung konnten in diesem Semester Rechtsreferendarinnen und -referendare erstmals nicht nur ihre Verwaltungspflicht- und Wahlstation, sondern auch die Station "Rechtsberatung- und Rechtsgestaltung" an der Speyerer Hochschule ableisten. Etwa 40 Referendarinnen und Referendare aus verschiedenen Bundesländern haben bereits in diesem Startsemester diese Gelegenheit genutzt und vertieften ihre Kenntnisse in den Modulen "Rechtsberatung und Rechtsgestaltung im wirtschaftlichen Sektor", "Rechtsberatung und Rechtsgestaltung an der Schnittstelle privater/öffentlicher Sektor", "Rechtsberatung und Rechtsgestaltung im Kontext von Verwaltung und Verwaltungsprozess in ausgewählten Problembereichen" und "Rechtsberatung und Rechtsgestaltung in der Rechtsetzung".

Im Mittelpunkt des Semestereröffnungsvortrages von Ministerpräsident Kurt Beck stand dann die Zukunft des föderalen Gemeinwesens. Wenige



Übergabe der Promotionsurkunde an H. Reinstein

Tage vor dem Scheitern der Arbeit der Föderalismuskommission nutzte Beck die Gelegenheit, seine Sicht der Föderalismusdebatte umfassend darzustellen. Treffend bemerkte er gleich zu Beginn seines Referats, dass es mit dem Föderalismus ein bißchen so zu sein scheint wie zum Beamtenrecht, zum Umweltrecht und zum Kinder- und Jugendhilferecht haben werden.

lm Anschluss an den sehr engagierten Vortrag übergab der Rektor noch die Promotionsurkunde

an den behördlichen Datenschutzbeauftragten des Polizeipräsidiums Rheinpfalz, Holger Reinstein, für seine Dissertation "Der Wandel des Disziplinarrechts in der modernen Verwaltung".

fehlt doch etwas Entscheidendes.

Beck unterstrich, dass seiner Meinung nach die Kompetenz- und damit Verantwortungszuordnung auf verschiedenen staatlichen Ebenen auch in Zukunft ihre Bedeutung haben wird und dass dies auch für das politische Handeln der Bundesrepublik Deutschland in dem größer gewordenen Europa wichtig werden

mit der Gesundheit: wenn man sie hat, weiß man sie nicht zu schätzen, wenn man sie nicht hat,

wird.
Gleichwohl müsse alles ohne parteipolitische

Instrumentalisierung - immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden.

Der Reihe nach beleuchtete Beck vor dem Hintergrund der Föderalismusdebatte mögliche Schlussfolgerungen und Konsequenzen für die Steuererhebungskompetenz der Länder, den Länderfinanzausgleich, Bildungsplanung, Forschungsförderung und Hochschulwesen. Dabei klammerte er auch so heiße Eisen wie eine mögliche Länderneugliederung ebensowenig aus wie mögliche Anpassungsbedarfe etwa im Bereich innere Sicherheit und bei den Mitwirkungsmöglichkeiten der Länder in EU-Angelegenheiten.

Auch zeigte Beck als umfassender Kenner der Materie auf, dass Reformen im sensiblen Bereich des deutschen Föderalsystems Auswirkungen bis hin

Der Vortrag von Kurt Beck ist in der Reihe der Speyerer Vorträge erschienen und kann im Rektorat der DHV Speyer gegen einen Kostenbeitrag von sechs Euro bezogen werden.



Traditioneller Empfang des Rektors

Fotos: DHV

Wer kontrolliert die Kontrolleure?

Univ.-Professor Dr. Thomas König stellt sich als neuer DHV-Professor vor



Begrüßung durch den Rektor

Am Abend des 14. Dezember 2004 begrüßte der Rektor der DHV Speyer, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, zahlreiche Gäste zur Antrittsvorlesung von Univ.-Professor Dr. Thomas König im Auditorium maximum der Hochschule. Im Mittel-

punkt des Abens stand das Thema "Delegation und politische Kontrolle – oder wer kontrolliert die Kontrolleure?". Doch zunächst stellte Fisch den Anwesenden den neuen Speyerer Professor auf dem Lehrstuhl für Politikwissenschaft kurz vor.

Univ.-Professor Dr. Thomas König beendete sein Studium der Politikwissenschaften und Romanistik im Jahr 1997 mit dem Magister. Er schloss seine Promotion im Fach Politische Wissenschaft an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim zum Thema "Organisierte Einflüsse auf die Gesetzgebung im Politikfeld Arbeit" 1990 ab. König habilitierte 1997 zum Thema "Koordination, Kooperation und die Wahrung staatlicher Handlungsfreiheit".

An seine langjährige wissenschaftliche Tätigkeit an der Universität Mannheim schlossen sich ein DFG-Heisenberg-Stipendium an der Stanford University sowie mehrere Assistenz- und Gastprofessuren im Fach Politikwissenschaft an. Diese Gastprofessuren führten König an das Interuniversity Center for Social Science Theory and Methodology der niederländischen Universität Groningen, an die Universität des Saarlandes, an die Universität Rom, und an das Wissenschaftszentrum Berlin. Im Rahmen einer Fulbright Professur für Deutschlandstudien lehrte er 2002 und 2003 auch an der Washington University in St. Louis.

Der Ruf nach Speyer erreichte den Träger des angesehenen Harrison Preises der britischen Politikwissenschaft an der Universität Konstanz, wo er vier Jahre lang eine Professur für Politische Wissenschaft innehatte. Seit Oktober 2003 hat er den Speyerer Lehrstuhl für Politikwissenschaft inne.



Neben zahlreichen Gästen waren auch viele Speyerer Kolleginnen und Kollegen von Univ.-Proessor Dr. Thomas König im Auditorium maximum erschienen

Der Schwerpunkt von Thomas Königs sehr breit gefächertem Forschungsspektrum liegt im Bereich der deutschen Innenpolitik und der Europäischen Integration. Hier untersucht er mit den Mittel der Empirie verhandlungs- und entscheidungstheoretische Fragen. Zurzeit baut König an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer verschiedene Gesetzgebungsdatenbanken und ein historisches Archiv zum europäischen Verfassungsbildungsprozess auf.

Daneben erforscht König unter anderem auch die Themenfelder Unitarisierung durch Europäisierung, institutionelle Gestaltung föderaler Systeme, Regieren im Föderalismus und europäische Gesetzesvorhaben. Weitere Interessensgebiete Königs sind die Konfliktlinien und Interessenvermittlungsstrukturen in der Europäischen Union und Koordination und Kooperation in internationalen Mehrebenenverhandlungen. Königs Publikationsliste umfasst inzwischen über 50 Veröffentlichungen zu den verschiedensten Fragestellungen der Politikwissenschaften

In seiner Antrittsvorlesung ergriff Thomas König die Gelegenheit, seine Vorstellungen von Politik und Gesellschaft, Forschung und Lehre, Wissenschaft und Praxis zu erläutern. Am Thema "Delegation und politische Kontrolle – oder: wer kontrolliert die Kontrolleure?" gab er diesbezüglich einen Einblick in

die politikwissenschaftliche Forschung, in die Denkweise und in das Arsenal an Vorgehensweisen, das für seine wissenschaftliche Arbeit typisch ist. Gleichzeitig beleuchtete er ein klassisches und dennoch aktuelles demokratietheoretisches Problem, das infolge der Internationalisierung beziehungsweise Europäisierung von Politik an Eigendynamik gewonnen hat: Machtzuwachs von Regierungen im Zuge der Europäisierung, der sich immer stärker durch eine Verschmelzung von legislativen und exekutiven Kompetenzen vollzieht und sich der parlamentarischen Kontrolle zunehmend entzieht.

Zunächst erläuterte König in seinem Vortrag das Principal Agent-Problem: "Geht man konkret vom Bürger als dem Prinzipalen erster Ordnung aus, dann wählt dieser seine Agenten in Form von Abgeordneten und Parteien, die seine Interessen vertreten sollen. Diese Abgeordneten werden ihrerseits im Parlament zum Prinzipalen zweiter Ordnung und beauftragen Agenten mit der Wahrnehmung der Regierungsgeschäfte. Regierungen können ihrerseits – wie bspw. im Bundesrat oder im Ministerrat der Europäischen Union – zum Prinzipalen dritter Ordnung werden, die wiederum Agenten, wie z. B. die Mitglieder der Europäischen Kommission auswählen."



Antrittsvorlesung von Univ.-Professor Dr. Thomas König

Fotos: DHV

Hiervon ausgehend erläuterte König die Gefahren, die von dieser Entwicklung ausgehen. Insbesondere beleuchtete König mit Blick auf das Verhältnis der Europäischen Kommission und der Regierungen der Mitgliedstaaten einerseits und des Europäischen Parlaments andererseits die Gefahren, die von einer möglichen Vereinigung der legislativen und exekutiven Macht in einer Hand ausgehen. König sprach in diesem Zusammenhang von einer strategischen Entparlamentarisierung und wies darauf hin, dass auf europäischer Ebene den Parlamentariern das Recht, Initiativen aus ihren Reihen einbringen zu dürfen, fehle. Gleichzeitig treten bei Richtlinien die Regierungen auch als Gesetzgeber im Ministerrat auf, dessen Mitglieder anschließend ihre eigenen Beschlüsse ohne parlamentarische Kontrolle vollziehen können. So droht die Europäische Gesetzgebung die parlamentarische Kontrolle auszuschalten und die bestehende nationale Machtbalance auf Kosten der Parlamentsmehrheit zugunsten der Regierung zu verlagern.

Der Vortrag von Thomas König ist in der Reihe der Speyerer Vorträge erschienen und kann im Rektorat der DHV Speyer gegen einen Kostenbeitrag von sechs Euro bezogen werden.

Ökonomisierung des öffentlichen Sektors Verständnisse und Missverständnisse

Antrittsvorlesung von Univ.-Professor Dr. Holger Mühlenkamp

Stolz wies Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch in seiner Begrüßung am Abend des 18. Januar 2005 im Auditorium maximum darauf hin, dass sich mit Univ.-Professor Dr. Holger Mühlenkamp in diesem Semester ein zweiter neuer Speyerer Professor mit seiner Antrittsvorlesung der Öffentlichkeit vorstelle. Ausführlich würdigte der Rektor den Werdegang Mühlenkamps, der seit Oktober 2003 den Speyerer Lehrstuhl für Öffentliche Betriebswirtschaftslehre innehat.

Der 1958 in Verden/Aller geborene Mühlenkamp studierte von 1977-1984 Wirtschaftswissenschaften an der Universität Hannover. Seine Diplomarbeit zum Thema "Bestimmungsgründe der Nachfrage nach Krankenhausleistungen" wurde 1984 beim Wettbewerb "Wissenschaftlicher Preis für Gesundheitsökonomie" des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung ausgezeichnet. 1990 promovierte Mühlenkamp in Lüneburg mit einer Studie über "Die Ausgaben in der Gesetzlichen Krankenversicherung". Dort habilitierte er auch 1997 im Fach Betriebswirt-

schaftslehre zum Thema "Eine ökonomische Analyse ausgewählter institutioneller Arrangements zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben". Kurz darauf erfolgte Mühlenkamps Ernennung zum Professor für das Fachgebiet "Ökonomik sozialer Dienstleistungen" an der Universität Hohenheim, wo ihn 2003 der Ruf nach Speyer erreichte.



Gespanntes Publikum im Auditorium maximum während der Begrüßung durch Rektor Fisch



Univ.-Professor Dr. Holger Mühlenkamp

Die bisherigen Forschungen Mühlenkamps widmeten sich unter anderem Problemen der Kosten-Nutzen-Analyse öffentlicher Unternehmen. Ein weiterer Forschungsschwerpunkt Mühlenkamps ist die Betriebswirtschaftslehre des öffentlichen Sektors, wo er z. B. den Zusammenhang von Rechtsform und Wirtschaftlichkeit von öffentlichen Theatern in Deutschland und Alternativen der öffentlichen Tourismusförderung untersuchte.

Darüber hinaus setzt sich Mühlenkamp mit dem Problemkreis der ökonomischen Evaluation auseinander. So beschäftigte er sich mit der Messung der Qualität von Dienstleistungen in der Wohlfahrtspflege. Weitere Arbeitsgebiete des neuen Speyerer Professors sind soziale Dienstleistungen und die Gesundheitsökonomie. Hier leistete er Beiträge im Bereich der Novellierung der Krankenhausfinanzierung und der Verwaltungskosten in der Gesundheitsversorgung.

Mühlenkamp ging in seiner Antrittsvorlesung zum Zwecke der Begriffs- und Verständnisklärung zunächst auf Grundlagen der ökonomischen Analyse ein. Diesbezüglich sprach er über die Notwendigkeit und die Kritik der Verhaltensannahmen des Homo Oeconomicus, den methodologischen und normativen Individualismus, die Gestaltung von Regeln und die wichtige Unterscheidung zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlicher Perspektive. Zudem betonte Prof. Mühlenkamp, dass der normative, handlungsempfehlende Teil der ökonomischen Theorie, welcher sich auf den öffentlichen Sektor richtet, nicht im Sinne einer einzelwirtschaftlichen Sichtweise gewinnorientiert, sondern wohlfahrtsorientiert ist, d. h. die von der Ökonomik empfohlenen Maßnahmen sollten im jeweiligen Kontext den größtmöglichen gesellschaftlichen Nutzen stiften oder doch wenigstens Nutzensteigerungen herbeiführen.

Mühlenkamp demonstrierte dann anhand verschiedener Beispiele aus dem Bereich der öffentlichen Verwaltung (Verwaltungsmodernisierung, ergebnisorientierte Entgeltsysteme, Kreditsubstitute, neue Finanzierungs- und Organisationsmodelle) und aus dem Bereich politischer bzw. gesetzgeberischer Entscheidungen (gesetzlich vorgeschriebene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Privatisierung und Deregulierung, Mittelstandsförderung), dass administratives und politisches Handeln regelmäßig nicht durch die wohlfahrtsökonomische Perspektive gedeckt sind. Man könne in

diesem Sinne folglich nicht von einer Ökonomisierung des öffentlichen Sektors sprechen.

Das Auseinanderklaffen zwischen ökonomischen Erkenntnissen und tatsächlichem Verwaltungsund Politikhandeln lässt sich dadurch erklären, dass es für eigennutzorientierte, rational handelnde Akteure im administrativ-politischen Bereich aufgrund der Eigenheiten oder Unvollkommenheiten des politischen Systems wenig attraktiv ist, wohlfahrtsorientiert zu handeln (Stichwort: "Mediendemokratie"). Es ist vielmehr so, dass - gemäß der sog. Neuen Politischen Ökonomie - politisches Handeln in der Regel der Zielsetzung Machterlangung bzw. Machterhalt dient, ohne Rücksicht darauf, ob die getroffenen Entscheidungen ökonomisch sinnvoll oder ökonomisch unsinnig sind. Die Befolgung ökonomischer Ratschläge ist für Politiker des beschriebenen Typus dann attraktiv, wenn sie (zufällig) mit dem Ziel der Wählerstimmengewinnung übereinstimmt.

Neu/Str

Der Vortrag von Holger Mühlenkamp wird in der Reihe der Speyerer Vorträge erscheinen und kann dann im Rektorat der DHV Speyer gegen einen Kostenbeitrag von sechs Euro bezogen werden.



Herzlich Willkommen in Speyer: Rektor Fisch begrüßt den neuen Speyerer Professor

Fotos: DHV

Neuer Privatdozent an der DHV Speyer

Antrittsvorlesung von PD Dr. Gottfried Konzendorf

Politikberatung in der Übergangsgesellschaft



Nach erfolgreicher Habilitation gut lachen: PD. Dr. G. Konzendorf

Es ist für jede Universität ein besonderes Ereignis, wenn ein Habilitationsverfahren abgeschlossen wird und sie einen neuen Privatdozenten der akademischen Öffentlichkeit vorstellen kann. Am 25. Januar 2005 war es an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer wieder einmal so weit. Privatdozent Dr. Gottfried Konzendorf erhielt nach seiner Antrittsvorlesung zum Thema "Politikberatung in der Übergangsgesellschaft" von Rektor Fisch die Venia legendi für Politikwissenschaften und Verwaltungswissenschaften.

Konzendorf tritt somit nach Abschluss seiner von Univ.-Professor Dr. Carl Böhret betreuten Habilita-

tion zum Thema "Reform der Übergangsgesellschaft - Ein Beitrag zur Theorie der Reform" mit allen Rechten und Pflichten eines Habilitierten in den Lehrkörper der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer ein, nachdem bereits im Dezember 2004 seine Probevorlesung und ein Probekolloquium vor dem Senat stattgefunden haben.

Gottfried Konzendorf wurde 1959 in Heinsberg geboren. Sein Studium der Soziologie, der Politikwissenschaft und der Stadtplanung schloss er 1986 an der RWTH Aachen mit dem Magister Artium ab. Sein weiterer Berufsweg führte ihn ans Institut für Soziologie der RWTH Aachen, ans Institut für numerische Statistik in Köln, an das Institut für Soziologie der Heinrich Heine Universität Düsseldorf und schließlich 1992 ans Speyerer Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, von wo er 1994 an die Hochschule wechselte.

Nach seiner von Univ.-Professor Dr. Böhret betreuten Promotion zu den "Folgen der "Heranalternden Gesellschaft' und Ansatzpunkte aktiver Politik – mit einer Fallstudie zur Mittelstadt Speyer" übernahm Konzendorf 1996 – wieder beim Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung – Aufgaben bei der Wissenschaftlichen Dokumentationsund Transferstelle für Verwaltungsmoderni-

sierung der Länder (WiDuT), bevor er 2002 als Leiter des Referats Moderner Staat - Moderne Verwaltung zur Mainzer Staatskanzlei wechselte.

In Konzendorfs umfangreichem Publikationsverzeichnis finden sich zahlreiche Untersuchungen zur Gesellschaftsanalyse und politischen Theorie, zur Policy-Analyse, zu den Grundlagen und der Anwendung der Gesetzesfolgenabschätzung, zur demographischen Entwicklung, zur Senioren-, Sozialund Technologiepolitik sowie zur Verwaltungsmodernisierung und zur Politikberatung. Neben seiner Forschungstätigkeit kann Konzendorf sehr um-

fangreiche Erfahrungen bei verschiedensten Institutionen in den Bereichen Lehre und Weiterbildung vorweisen, die für seine weitere Tätigkeit an der DHV Speyer wichtig sind.

> Der Vortrag wird in der Reihe der Speyerer Vorträge erscheinen und kann dann gegen einen Kostenbeitrag von 6 Euro bezogen werden.

Gemeinwohl und Verantwortung

Übergabe der Festschrift für Hans Herbert von Arnim zum 65. Geburtstag



Übergabe des Festschrift an Univ.-Professor Dr. von Arnim (Mitte) durch die Herausgeber

Freunde, Kollegen und Schüler von Univ.-Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim hatten sich am Abend des 18. November 2004 im Historischen Ratssaal des Speyerer Rathauses eingefunden, um an der Übergabe der anlässlich des 65. Geburtstages von Arnims erschienenen Festschrift an den Jubilar teilzunehmen.

Ausführlich würdigten die Herausgeber des Bandes, Stefan Brink und Heinrich Amadeus Wolff – beides Schüler des Jubilars –, die wissenschaftlichen Leistungen von Arnims. Sein permanentes Eintreten für die Grundlagen von Demokratie und Gemeinwohl haben ihn bekannt und seine Kritik am Umgang mit dem Staat u. a. durch Parteien und Parlamentarier haben ihn populär gemacht. Grundlage seines wissenschaftlichen Arbeitens war dabei

sein interdisziplinäres Denken. Von Hause aus Jurist und Ökonom analysierte von Arnim die Voraussetzungen, Ziele und Konsequenzen von Gesetzen. Diesem Ansatz folgt in ihren an vorn Armins Forschungsgebieten orientierten Themenschwerpunkten und in der Zusammensetzung der Autorengemeinschaft auch die Festschrift. Ihre Beiträge spiegeln den weit gespannten Bereich der wissenschaftlichen Tätigkeit von Arnims auf 851 Seiten wider. Die Beiträge von Politologen, Politikern, Ökonomen, Staatsrechtslehrern, Historikern, Soziologen, Psychologen und Journalisten sind den Themengebieten "Recht, Politik und Gemeinwohl", "Dezentralisierung, Föderalismus und Kommunen", "Staat, Finanzen



Dankesworte des Jubilars



Zahlreiche Gratulanten im Historischen Ratssaal

Fotos: DHV

und Ökonomie", "Kritik im Staat", "Staatslehre" und "Demokratie" zugeordnet.

In seiner Dankesrede zeigte sich von Arnim sichlich erfreut, sowohl über die Festschrift als auch über die große Anzahl der erschienenen Gratulanten.

Brink, Stefan / Heinrich Amadeus Wolff (Hrsg.): Gemeinwohl und Verantwortung. Festschrift für Hans Herbert von Arnim zum 65. Geburtstag; erschienen bei Duncker & Humblot, Berlin 2004.

Wissenschaft für die Gesellschaft: Wissenschaftspreis des Stifterverbandes der Deutschen Wissenschaft 2004 für Carl Böhret

Der Stifterverband der Deutschen Wissenschaft hat auf Vorschlag der Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gemeinschaft den Wissenschaftspreis 2004 in der Kategorie "Gesellschaft braucht Wissenschaft" an Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret für seine Arbeiten zur Gesetzesfolgenabschätzung verliehen. Der Direktor des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der

Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Spever (FÖV), Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow, und Univ.-Prof. Dr. Werner Jann, Potsdam, hatten Böhret vorgeschlagen, eine zehnköpfige Jury aus Vertretern von Wissenschaft und Gesellschaft wählte aus. Der Wissenschaftspreis würdigt wegweisende, an einem Mitgliedsinstitut der WGL entstandene wissenschaftliche Arbeiten, die praktische Umsetzungen in Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Forschung bewirken. Neben der wissenschaftlichen Qualität stellt also auch der erfolgreiche Transfer in die Praxis eine Grundlage für die Preis-

würdigkeit der Arbeiten dar. Der Preis, der mit 50.000,- € dotiert ist, wurde im Rahmen der Jahrestagung der Leibniz-Gemeinschaft am 25. November 2004 in Berlin verliehen. Überreicht wurde er vom Vorsitzenden des Vorstands der BASF AG Ludwigshafen, Dr. Jürgen Hamprecht. Die Laudatio hielt Univ.-Prof. Dr. Dr. Ekkehard Nuissl von Rein, Wissenschaftlicher Vizepräsidenten der Leibniz-Gemeinschaft.

Nach Einschätzung der Jury erfüllten die anwendungsorientierten Forschungen Böhrets und seiner Mitarbeiter die Kriterien in hohem Maße. Sowohl die erfolgreiche Anwendung der Folgenabschätzungsmethoden auf Regelungsvorhaben des Bundes und der Länder als auch die Aufnahme der Verfahren in die Geschäftsordnungen der Ministerien des Bundes und mehrerer Länder zeugen davon. Schließlich werden Kategorien und Methoden auch zunehmend international anerkannt. Gesetzesfolgenabschätzungen können in verschiedenen Phasen der Rechtsetzung zum Zuge kommen. So kann der Gesetzgeber bereits im Vorfeld systematisch Regelungsalternativen und deren wahrscheinliche Folgen ermitteln. Im Gesetzgebungsverfahren kann das Verhältnis von Kosten und Nutzen sowie von Verständlichkeit und Vollziehbarkeit eines Gesetzesentwurfs bewertet werden. Nach dem Inkrafttreten schließt sich dann die Frage nach der Bewährung eines Gesetzes an, die zum Beispiel hinsichtlich der Akzeptanz und vor allem der Zieler-

> reichung überprüft werden kann.

Der Preis würdigte insbe-Konzendorf verfasst hat. Das rets und dient inzwischen als

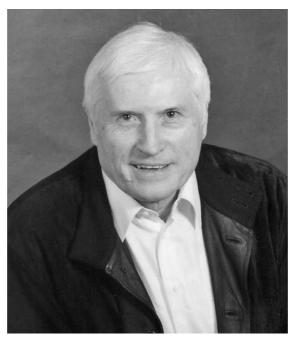
In Böhrets beruflichem Werdegang ist Rotation zum Prinzip geworden. Von seiner Mechanikerlehre über eine Tätigkeit für eine Forschungs- und Entwicklungsabteilung in der Fahrzeugin-



dustrie sowie eine Verbandstätigkeit kam Böhret zu Studium, Promotion und Habilitation in Politischer Wissenschaft an der Freien Universität Berlin. Nach einem Forschungsaufenthalt in den USA und einer leitenden Tätigkeit in der Wirtschaft kehrte Böhret in die Wissenschaft zurück, zunächst als Professor an die Freie Universität Berlin und ab 1974 an die DHV Speyer. Als Rektor der Hochschule und als Geschäftsführender Direktor des FÖV prägte Böhret die Entwicklung dieser beiden Einrichtungen maßgeblich mit. Seine Nähe zur Verwaltungs- und Regierungspraxis kommt auch durch eine Vielzahl von Mitgliedschaften in Beiräten, Kuratorien und Expertenkommissionen zum Ausdruck. Für sein Engagement er-

In den zurückliegenden Jahren wurde der Wissenschaftspreis an Naturwissenschaftler vergeben. Die Verleihung des Preises an Böhret kann deshalb als eine besondere Auszeichnung verstanden werden.

hielt er das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse.



Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret

Foto: DHV

Start des Sommersemesters für 502 Hörerinnen und Hörer



Der erste Eindruck: Ein herzliches "Willkommen in Speyer"

Am 2. November 2004 war es wieder so weit: Aus allen Bundesländern und vielen ausländischen Staaten waren 502 Hörerinnen und Hörer an die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer gekommen, um hier entweder eine Station ihres Referendariats abzuleisten oder das zweite Semester ihres verwaltungswissenschaftlichen Magisterstudiums zu absolvieren.

Nach der Einschreibung, der offiziellen Begrü-Bung durch den Rektor und einer Einführung in das Studium an der DHV Speyer durch Dr. Strohm standen dann zunächst einmal Wahlen auf dem Programm, da die Hörerschaft als eigenständige Körperschaft des öffentlichen



Die ersten Informationen und das erste Kennenlernen: Wie in jedem Semester zuerst Orientierung am Schwarzen Brett

Rechts ihre Vertreter bestimmen musste. Zum Hörersprecher wurde gewählt Alexander Leunig. Weitere Funktionen wurden übertragen an Yoon Kyung Kim (Kulturreferat), Andreas Schreiber (Sportreferat, Oliver Kliefken (Fetenreferat), Ron Schumacher (Medienreferat), Sebastian Steeck (EDV-Referat), Gerrit Frerk (Ausländerreferat), Stephan Eberhardt (Ballreferat) und Frank Heykes (Referat für die Aufbauhörer). Weitere wichtige Funktionen übernahmen als Bierwart Aspar Aytac und als Grillwart Alexander Viethen.

In den Senatswahlen wurden dann als Vertreter der Hörerinnen und Hörer im Senat der Hochschule im Wintersemester 2004/2005 bestimmt: Thomas Neuberger, Alexander Leunig und Nicole



Erste Versammlung: Gespannte Erwartung in der Antrittsversammlung Fotos DHV

Köhler. Zu stellvertretenden Senatsmitgliedern wurden gewählt Bettina Schaefers, Cornelia Pagel und Martha Köhnke.

Bereits am Nachmittag bestand dann für die Hörerinnen und Hörer die Gelegenheit, im Rahmen der Orientierungsphase die Dozentinnen und Dozenten der Hochschule in kurzen Einzelpräsentationen kennenzulernen, was die Auswahl unter den über 100 angebotenen Lehrveranstaltungen erleichterte. Es hat sich gezeigt, dass die von der Hochschule für den Semesterbeginn entwickelten Verfahren alle hervorragend funktionieren. Einschreibung und Vergabe der Plätze in den Lehrveranstaltungen verliefen reibungslos.

Weiterbildungsstudium Rechtsberatung und Rechtsgestaltung

Das im Juli 2003 in Kraft getretene Gesetz zur Reform der Juristenausbildung hat die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer vor neue Herausforderungen gestellt. Ausgehend von der Tatsache, dass die ganz überwiegende Mehrheit der jungen Assessorinnen und Assessoren den Anwaltsberuf ergreift, war die Verbesserung der Vorbereitung auf die Praxis dieses Berufes ein Hauptziel der Reform. Mehr Anwaltsorientierung bedeutet unter anderem, dass künftig mindestens neun Monate des Referendariats auf die Anwaltsstation entfallen.

Bei gleich bleibender Gesamtdauer des Referendariats führt dies zwangsläufig zu einer Verkürzung der anderen Stationen, und zwar auch der für das verwaltungswissenschaftliche Ergänzungsstudium an der DHV Speyer bisher besonders relevanten Verwaltungsstation.

In fast allen Bundesländern besteht für interessierte Referendarinnen und Referendare zwar auch weiterhin die Möglichkeit, sich das "Speyer-Semester" ganz klassisch auf die Verwaltungsstation anrechnen zu lassen. Die Reform bot der DHV Speyer jedoch auch die Chance ihr Studienangebot zu erweitern. Denn die neunmonatige Anwaltsstation muss nicht vollständig bei einer Anwältin oder einem Anwalt abgeleistet werden. Die Juristenausbildungsgesetze und -ordnungen aller Länder ermöglichen es den Referendarinnen und Referendaren vielmehr drei Monate der Anwaltsstation bei einer "sonstigen Ausbildungsstelle, bei der eine sachgerechte rechtsberatende Ausbildung gewährleistet ist" zu absolvieren. Die DHV Speyer hat daher in ihrem Studienangebot den Schwerpunkt "Rechtsberatung und Rechtsgestaltung" eingerichtet, der sich in seiner Struktur und seinen Anforderungen am verwaltungswissenschaftlichen Ergänzungsstudium für Referendarinnen und Referendare orientiert.

Die Konzeption dieses Schwerpunktes erfolgte in enger Absprache mit den Justizministerien der Länder und den Rechtsanwaltskammern. Er richtet sich an Referendarinnen und Referendare in der Anwaltsstation, die eine öffentlich-rechtliche Tätigkeit in der Anwaltschaft oder eine rechtsberatende und rechtsgestaltende Tätigkeit in einem Verband, einem Unternehmen, einer Organisation oder im öffentlichen Sektor anstreben. Die DHV Speyer kommt mit diesem Angebot einem schon

länger bestehenden Bedarf nach einer systematischen Ausbildung für rechtsberatend und rechtsgestaltend tätige Juristinnen und Juristen nach.

Im zurückliegenden Wintersemester 2004/05 wurde das "Speyer-Semester" erstmals von Referendarinnen und Referendaren in der Anwaltsstation absolviert. Rund 50 Hörerinnen und Hörer aus Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen belegten den neu ausgerichteten Schwerpunkt und konnten ihre Pflichtveranstaltungen aus den drei speziell erarbeiteten Modulen

- Rechtsberatung und Rechtsgestaltung im wirtschaftlichen Sektor und an dessen Schnittstellen,
- Rechtsberatung und Rechtsgestaltung in ausgewählten Verwaltungsbereichen (insbes. Bauen, Verkehr, Umwelt, Energie, Soziales) sowie
- Rechtsberatung und Rechtsgestaltung in der Normsetzung

wählen. Insgesamt müssen die Hörerinnen und Hörer im Schwerpunkt "Rechtsberatung und Rechtsgestaltung" mindestens zehn Semesterwochenstunden aus diesen Modulen belegen, die weiteren zehn Semesterwochenstunden können die Hörerinnen und Hörer frei aus dem weiteren Studienangebot der DHV Speyer, insbesondere auch aus anderen Schwerpunkten des verwaltungswissenschaftlichen Ergänzungsstudiums, wählen. Somit ist gewährleistet, dass auch für die Hörerinnen und Hörer im Schwerpunkt "Rechtsberatung und Rechtsgestaltung" die Möglichkeit besteht, sich in einem generalistischen Teil die Grundlagen aller an der Hochschule vertretenen Wissenschaftsdisziplinen zu erarbeiten.

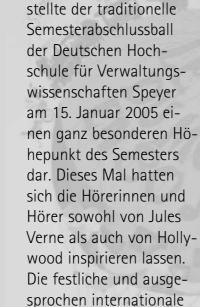
Die Hörerinnen und Hörer des "Pilotsemesters" waren mit dem Lehrangebot des neu konzipierten Schwerpunktes sehr zufrieden. Dass der schon sprichwörtlich gewordene "Blick über den Tellerrand" der eigenen (rechtswissenschaftlichen) Disziplin auch bei einem Studium an der DHV Speyer im Rahmen der Anwaltsstation möglich bleibt, stieß bei den Referendarinnen und Referendaren auf besonders positive Resonanz.

In 80 Tagen um die Welt









In diesem Fall sagen ein

paar Bilder sicherlich viel

mehr als 1.000 Worte.

Wie in jedem Semester

Ballkleidung vieler Gäste

erinnerte denn auch an

die bewegten Zeiten Phileas Foggs und Passepartouts. International wa-

ren auch Küche und Musik, so dass einem einzigartigen Event nichts mehr im Wege stand.
In der mit eigens angefertigten Malereien zur Wegstrecke der beiden sagenumwobenen Weltreisenden sehr festlich

sagenumwobenen Weltreisenden sehr festlich
geschmückten Aula endete das rauschende Fest
mit vielen Höhepunkten
erst in den frühen Morgenstunden des 16. Jannuar 2005. Ein Kompliment an die Organisatoren und zahlreichen Helfer, die zum Gelingen
dieser Nacht mindestens
ebensoviel beitrugen wie
die schwungvolle Band.









Ausländische Studierende an der DHV Speyer

Im Wintersemester 2004/05 studierten insgesamt 48 ausländische Hörerinnen und Hörer an der DHV Speyer. Von ihnen waren 21 für das verwaltungswissenschaftliche Aufbaustudium und 15 für das Doktorandenstudium eingeschrieben.

Neu hinzugekommen waren Herr Amadou Oury Ba (Senegal), Frau Malgorzata Bronowicz (Polen), Herr Lyes Selkim (Algerien) sowie Herr Leopold Yemeli Tumene (Kamerun). Sie alle werden zum 1. Mai 2005 das verwaltungswissenschaftliche Aufbaustudium nach einem Vorbereitungssemester beginnen. Die Erfahrung zeigt, dass insbesondere Hörerinnen und Hörer mit wenigen verwaltungswissenschaftlichen Vorkenntnissen während des Aufbaustudiums und bei den Magisterprüfungen von dieser Möglichkeit sehr profitieren.

Studienfahrt nach München und Weihnachtsfeier



Beim Besuch des Bayerischen Landtages

Foto: DHV

Anstelle der traditionellen Weihnachtsexkursion veranstalteten der Senatsbeauftragte Prof. Dr. R. Pitschas und das Referat für das Ausländer-Aufbaustudium am 8. und 9. Dezember 2004 eine Studienfahrt nach München, die von Seiten des DAAD sowie der InWEnt gGmbH finanziell gefördert wurde. Die Durchführung dieser vorwiegend verwaltungswissenschaftlich orientierten Reise übernahm Herr Laurency zusammen mit dem 1. Bürgermeister der Stadt Gräfelfing (Landkeis München), Herrn Christoph Göbel. Ziel der Studienfahrt war es, das in den Lehrveranstaltungen sowie in den Verwaltungspraktika behandelte Thema der Verwaltungsreform auf die Kommunal- und Regionalverwaltung zu beziehen und die für diese Ebene spezifischen Problembereiche herauszustel-



Begrüßung durch Univ.-Prof. Dr. Pitschas

len. Während der beiden terminlich sehr "vollgepackten" Tage ergaben sich hierfür zahlreiche Möglichkeiten aus Begegnungen mit leitenden Beamten sowie Kommunal- und Regionalpolitikern. So fanden am ersten Tag anregende Diskussionen mit dem Geschäftsführer des regionalen Planungsverbandes München, Herrn Dr. Christian Breu, sowie mit dem Präsidenten des Bezirkstages Oberbayern, Herrn Franz Jungwirth, statt. Den Abend verbrachte die Gruppe der 29 Speyerer Studenten schließlich an der berühmten Doemens Akademie Gräfelfing, der weltgrößten Bildungseinrichtung auf dem Gebiet der Brau- und Getränketechnologie. Dort bot sich nicht nur die Möglichkeit einer "Bierprobe" mit anschließender Vesper, auch erlebten die immer noch wissensdurstigen Akademiker einen sehr spannenden Vortrag des Landrats des Landkreises München, Herrn Heiner Janik, zum Thema "Die Staats- und Kreisbehörde Landratsamt München als moderne Dienstleistungsverwaltung". Nach einem gemeinsamen Frühstück lud uns Herr Göbel am zweiten Tag in sein Gräfelfinger Rathaus



Musikalische Umrahmung ...

ein, um dort seinen einige Zeit zuvor gehaltenen Gastvortrag in Herrn Laurencys Tutorium zum Thema "Neue Steuerungsmodelle in der Kommunalverwaltung" mit vielen Praxisbeispielen aus seiner eigenen Gemeinde zu vertiefen. Seine Darstellung, die mit vielen Erzählungen aus dem Nähkästchen der alltäglichen Verwaltungspraxis geschmückt war, hat bei vielen der Exkursionsteilnehmern sicherlich einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Ein Höhepunkt der Exkursion war der anschließende Besuch des Bayerischen Landtags, in dessen Rahmen auch anregende und kontroverse Diskussionen mit Herrn Rechtsanwalt Ernst Weidenbusch, Mitglied des Bayerischen Landtages, zum Thema "Die Verwaltungsreform in Bayern" sowie mit Frau ORR'in Heckel vom Justiziariat zum Thema "Die Landtagsverwal-



Referent für das Ausländer-Aufbaustudium Laurency (ganz links) mit Gästen und Hörern

tung: Verwaltung an der Schnittstelle zwischen Exekutive und Legislative" stattfanden. Eine gemeinsame Führung durch den Bayerischen Landtag sowie ein anschließendes Mittagessen in dessen "Pfälzer Stube" rundeten den Besuch ab.

Nach einem Besuch des Münchner Weihnachtsmarktes bei frostigen Temperaturen trat die Gruppe gegen 17 Uhr die vierstündige Heimreise an, auf der die Eindrücke der vergangenen Tage teilweise nochmals diskutiert, teilweise aber auch in einem wohlverdienten Sitzschlaf weiter verarbeitet wurden.

Ein herzlicher Dank gilt allen Referenten, die sich trotz eines recht kurzen zeitlichen Vorlaufs und der daraus entstandenen terminlichen Schwierigkeiten bereit erklärt hatten, die 29 Speyerer Aufbaustudenten und Doktoranden zu empfangen und damit einer starken Gruppe kompetenter Diskutanten aus Speyer gegenüberzutreten. Hervorzuheben ist dabei das außerordentliche Engagement von Herrn Bürgermeister Christoph Göbel, der die Durchführung



... ein reichhaltiges Buffet ...

dieser rundweg gelungenen Studienfahrt überhaupt erst möglich gemacht hat.

Am 15. Dezember 2004 kamen alle ausländischen Hörerinnen und Hörer mit ihren Speyerer Gasteltern zusammen, um sich im Rahmen einer vom Referat für das Ausländer-Aufbaustudium organisierten Weihnachtsfeier gemeinsam auf die Weihnachtszeit einzustimmen.

In seiner Ansprache hieß der Senatsbeauftragte für das Ausländer-Aufbaustudium, Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas, zunächst die zukünftigen Aufbaustudenten des Vorbereitungssemesters an der DHV Speyer herzlich willkommen. Er wünschte ferner allen Magisterkandidaten für die anstehenden Magisterarbeiten und -prüfungen viel Erfolg. In seinem anschließenden Jahresbericht fand nicht zuletzt auch das Problem des Sanierungsbedarfs des bisherigen Studentenwohnheims "Hospiz" und die daraus für viele ausländische Studierende entstandene angespannte Wohnraumsituation besondere Erwähnung. Sein Dank galt überdies den zahlreich erschienenen Gasteltern, die sich in den letzten Jahren für die Betreuung vieler ausländischer Aufbaustudenten und Doktoranden besonders engagiert



... und weihnachtliche Stimmung auf der Weihnachtsfeier



Univ.-Professor Dr. R Pitschas auf der Weihnachtsfeier zusammen mit ausländischen Studierenden Fotos: DHV

haben. Festlich umrahmt wurde die durchweg gelungene Weihnachtsfeier vom Streichquartett der DHV Speyer, dem auch der Ausländerreferent der Hörerschaft der DHV Speyer, Herr Gerrit Frerk, angehörte. Die Vorbereitung aller sozialen Aktivitäten des Ausländer-Aufbaustudiums, so auch der Weihnachtsfeier, oblag wie immer Frau Gerhardt, der hierfür ganz herzlich zu danken ist.

Tutorium für ausländische Aufbauhörerinnen und Aufbauhörer

Die wissenschaftliche Betreuung der ausländischen Aufbaustudierenden übernahm wieder der Referent für das Ausländer-Aufbaustudium, Herr Patrick Laurency, im Rahmen eines wöchentlich stattfindenden Tutoriums.

Nachdem alle Aufbauhörerinnen und -hörer im vorangegangenen Sommersemester die Gelegenheit bekommen hatten, sich die notwendigen Kenntnisse über die in Deutschland üblichen Methoden und Formen des wissenschaftlichen Arbeitens anzueignen, sollte das Tutorium im Wintersemester da-



Lockere Gesprächsatmosphäre

zu dienen, die zukünftigen Magister und Magistrae sowohl mit dem inhaltlichen Niveau als auch mit der psychologischen Situation einer Magisterprüfung vertraut zu machen.

Erneut wurde hierfür mit tatkräftiger Unterstützung einiger Vertreter des wissenschaftlichen Mittelbaus eine Prüfungssimulation durchgeführt. Pro Termin wurden zwei mündliche Probe-Prüfungen abgehalten, zu denen der jeweilige Prüfling, wie auch in der richtigen mündlichen Magisterprüfung, einen zehnminütigen Kurzvortrag zu halten hatte. Das Thema dieses Vortrages wurde hier jedoch von einem wissenschaftlichen Mitarbeiter vorgegeben, der dann zusammen mit Herrn Laurency im Tutorium ein Prüfungsgespräch entwickelte. Oft jedoch entstand hieraus ein fruchtbarer und teilweise interkultureller Dialog, in den schließlich



Zahlreiche Gasteltern nahmen an der Veranstaltung teil

auch das Plenum der restlichen 20 Hörerinnen und Hörer eingebunden werden konnte. Die Themen waren im Hinblick auf die baldige Rückkehr der ausländischen Aufbaustudierenden oftmals aus einem internationalen vergleichenden Blickwinkel heraus formuliert worden. Die Diskussionen beispielsweise über die Bedingungen der Ökonomisierung des öffentlichen Sektors oder über Personalprobleme bei Systemtransformationen wurden in einem wöchentlich erstellten Sitzungsprotokoll festgehalten. Für diese aktive Unterstützung des Ausländer-Aufbaustudiums gilt Carsten Brenski, Lippold von Bredow, Doris Dietze, Dr. Stefan Koch, Dr. Kai Masser, Rainer Neumann, Dr. Egon Riffel sowie Annette Schorr ein herzliches Dankeschön des Senatsbeauftragten sowie des Referats für das Ausländer-Aufbaustudium.

Mediation in der Verwaltungsgerichtsbarkeit Die Speyerer Mediationsinitiative



Teilnehmer an der Projekt-Werkstatt Mediation

Nicht nur als Schlüsselqualifikation in dem Katalog der "soft-skills" des seit 1.7.03 neugefassten § 5a Abs. 3 DRiG greift Mediation als aktuelles Medium der Streitbeilegung auch im öffentlichen Sektor um sich.

Die hessische Verwaltungsgerichtsbarkeit erprobt seit Mai 2004 den Einsatz der Mediation zur Bewältigung von Verwaltungsstreitverfahren. Die DHV Speyer hat sich seit bereits mehreren Jahren in mehreren entsprechenden Lehrveranstaltungen der Thematik angenommen (vgl. etwa das Seminar "Rechtsschutz und Mediation" im Sommersemester 2002 und die Projekt-AG "Mediation und Verwaltungsrechtsschutz" im Wintersemester 03/04).

Im Wintersemester 2004/05 wurde die Speyerer Mediationsinitiative u. a. durch die Projekt-Arbeitsgemeinschaft "Mediation in der Verwaltungsgerichtsbarkeit" unter der Leitung des langjährigen Lehrbeauftragten an der DHV Speyer, Herrn Richter am VG Dipl.-Verw. Harald Walther, Wiesbaden, fortgesetzt.



Univ.-Prof. Dr. R. Pitschas

Die Hörer der ProjektAG haben Grundlagen
der Mediation und ihrer etwaigen Implementation in das System des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes erarbeitet. Einen die erfolgreiche
Arbeit der DHV Speyer
nach außen dokumentierenden Abschluss
des Semesters bildete

die von Rektor Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch eröffnete Projekt-Werkstatt "Mediation in der Verwaltungsgerichtsbarkeit" am 27.1.05. Der Erfolg der Projektwerkstatt ist auch der Kooperation mit dem Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas zu verdanken. Pitschas warf nach der Einführung von Walther in die Thematik die grundsätzliche, provokative Frage auf, ob "Verwaltungsrechtschutz durch Gerichtsmediatioren" erfolgen könne. Sodann schilderte der Präsident des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes Wolfgang Reimers seine "Erwartungen an ein Modellprojekt". Im Anschluss präsentierten die Hörerinnen und Hörer ihre im Rahmen einer ersten Evaluation an den hessischen Verwaltungsgerichten erlangten Arbeitseraebnisse.

Die über 80 Teilnehmer der Projekt-AG - unter ihnen führende Repräsentanten aus Justiz und Verwaltung - hatten Gelegenheit, das aktuelle Thema intensiv zu diskutieren. Zum Ende der Projektwerkstatt trafen sich auf dem Podium die Gerichtsmediatoren RiVGH Dr. Günter-Richard Apell, Kassel, und RinVG Sybille Grünewald-Germann, Wiesbaden, zu einem "Round-Table-Gespräch" mit RA und Mediator Dr. Mathias Schäfer, Limburg, und dem Verwaltungsigristen und Mediator Thomas Rust, Hofheim, als den Vertretern von Anwaltschaft und Exekutive sowie dem zuständigen Referatsleiter des Hessischen Ministeriums der Justiz Herrn VRiVG Dr. Bernd Wittkowski und Herrn Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas, DHV Speyer, als Repäsentant der Wissenschaft.

Die Zusammenarbeit zwischen der Hochschule und der hessischen Verwaltungsgerichtsbarkeit und die wissenschaftliche Begleitforschung des hessischen Modellprojekts werden – u. a. durch ein "Follow-up" der Projekt-AG "Mediation in der Verwaltungsgerichtsbarkeit" im Sommersemester 2005 – weiter fortgesetzt werden. Die Vorträge und Ergebnisse der Projektwerkstatt sollen in Kürze veröffentlicht werden (Pitschas/Walther (Hrsg.), Mediation in der Verwaltungsgerichtsbarkeit, Speyerer Arbeitshefte).



RVG H. Walther

Fotos: DHV

Die Projektwerkstatt war zugleich Anlass für das Zustandekommen der 2. Sitzung des am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung unter der Leitung des Direktors des FÖV, Herrn Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow, und Herrn Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas eingerichteten Arbeitskreises "Rechtsprechungsmanagement und gerichtsgebundene Mediation in der Verwaltungsgerichtsbarkeit" am 27. und 28. Januar 2005. Mit Vertretern aus Wissenschaft und Praxis wurde die im Dezember 2003 begonnene Arbeit des Gremiums fortgesetzt.

H. W.

Erfolgreiche Versteigerung zu Gunsten der Flutwellenopfer in Südostasien



Professionelle Auktion vor ...



... gut gelauntem Publikum

Jeder hatte noch die schrecklichen Bilder von der Flutkatastrophe in Südostasien frisch im Gedächtnis, als die Hörerinnen und Hörer bereits eine Versteigerung zu Gunsten der Tsunamiopfer durchführten. Zum Ersten, zum Zweiten und zum Dritten hieß es daher am Abend des 12. Januar 2005 im Auditorium Maximum, wo nacheinander Dank der Spendenbereitschaft vieler Hörerinnen und Hörer, Hochschulmitarbeiter und Professoren die verschiedenartigsten Angebote aufgerufen wurden. Unter den Hammer kam so ziemlich alles, von der Tennisstunde bis hin zum von Univ.-Professor Dr. Dr. Merten angebotenen Probe-Prüfungsgespräch unter Realbedingungen und vom Frühstück mit dem Rektor bis hin zu Kleiderspenden von Hochchulmitarbeitern. Die Stimmung war gut, das Publikum war bis in die späten Abendstunden bietfreudig, das Geld saß für die gute Sache locker und die Verpflegung war erstklassig und den winterlichen Außentemperaturen angepasst. Alles in allem also eine rundum gelungene Veranstaltung der Hörerinnen und Hörer, deren Erlös, stattliche 2.600 Euro, der Flutopferhilfe zuflossen.



Für die Flutopfer unter dem Hammer: Die mannigfaltigsten Objekte



Bitte zur Kasse für den guten Zweck



Zufriedenes Organisationsteam

Fotos:DHV-Archiv

Abschluss eines erfolgreichen Semesters



Wie in jedem Semester eine stimmungsgeladene Abschluss- und Abschiedsversammlung am Semesterende

Zum letzten Mal hatten sich die Hörerinnen und Hörer am 28. Januar 2005 bei der Semesterabschlussversammlung im Auditorium maximum versammelt, um von der Hochschule Abschied zu nehmen. Sowohl Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch als Rektor als auch Alexander Leunig konnten bei dieser Gelegenheit ein sehr positives Résumé für das Wintersemester 2004/2005 ziehen. In chronologischer Reihenfolge wiesen beide noch einmal auf die zahlreichen akademischen und gesellschaftlichen Höhepunkte des Semesters hin. Ausdrücklich bedankten sie sich beide unter dem lauten und lang anhaltenden Beifall der Hörerinnen und Hörer ausdrücklich noch einmal bei allen an diesem Erfolg Beteiligten, ohne deren Engagement Ereignisse wie der Semesterball "In 80 Tagen um die Welt" oder die Versteigerung zu Gunsten der Tsunamiopfer nicht möglich gewesen wären.

Bei allem Abschiedsschwermut behielten die Hörerinnen und Hörer jedoch die Zukunft im Auge. Unter goßem Beifall organisierten sie während der Abschlussversammlung bereits, wie sie auch zukünftig den Kontakt untereinander halten können. Für jedes Land benannten sie einen Ansprechpartner oder eine Ansprechpartnerin zur Koordinierung der Kontaktpflege. Ein erstes Ergebnis dieses Engagements liegt bereits vor: Viele Hörerinnen und Hörer konnten sich zum feierlichen Salvator-Anstich Anfang März bei "Paulaner am Nockherberg" verabreden, um dort von Bruder Barnabas den letzten Schliff in Sachen Staat und Verwaltung zu bekommen. Der Rektor lobte dieses Engagement der Hörerinnen und Hörer ausdrücklich und erläuterte, dass darüber hinaus natürlich noch weitere Möglichkeiten bestehen, um miteinander und mit Speyer in Kontakt zu bleiben. So wies

Rektor Fisch sowohl auf das Ehemaligenverzeichnis der Hochschule hin, in dem sich alle Speyerer Alumnis mit ihren Kontaktdaten eintragen lassen können, als auch auf die Hochschulvereinigung e. V. als Vereinigung zur Förderung und Unterstützung der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.



Abschiedsrede von Hörersprecher Alexander Leunig Fotos: DHV

Votragsreihe zu den Aufgaben von Polizei und Geheimdiensten unter veränderten Sicherheitsbedingungen

Wie schon in den vergangenen Jahren stand im Mittelpunkt der von Univ.-Prof. Dr. Schreckenberger organisierten Vortragsreihe die erheblich veränderte globale und innerstaatliche Situation. Als ein zentrales Thema erwies sich die Zusammenarbeit von Geheimdiensten und Polizei. Sie erfordert eine enge Zusammenarbeit der verschiedenen Einrichtungen des Bundes und der Länder. Sie wurde immer wieder zu einem publizistischen Tagesthema, da die polizeilichen Ermittlungen, wenngleich begrenzt, strengere Fahndungen ermöglichen.

Die sehr unterschiedlichen globalen Bedrohungen, vom Verrat bis zum terroristischen Anschlag, erfordern eine differenzierte, über die Staatsgrenzen hinaus reichende Kooperation. Hier hat sich das sog. "Schengener Abkommen" von 1985, dem inzwischen fast alle europäischen Staaten beigetreten sind, bewährt. Die vielfältige Gefährdungslage erfordert angesichts der unterschiedlichen komplizierten internationalen Zuständigkeiten eine rasche Verständigung bis hin zur grenzüberschreitenden Festnahme verdächtiger Personen. Es mag erstaunen, dass der

"Europäische Kontinent" und seine veränderten Bedrohungen am ehesten ein Bild des politischen und administrativen Fortschritts bietet. Sie verweist auf die menschliche Zerstörbarkeit als soziale Grundstruktur des freiheitlichen Rechtsstaats.

Die Sach- und Rechtslage wurde von verantwortlichen Behördenleitern des Bundes und einem wissenschaftlichen Mitarbeiter unserer Hochschule vorgetragen: Dr. Peter Frisch, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz a. D., Lutz Diwell, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. August Hanning, Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Ernst Uhrlau, Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt und Dr. Aurangzeb Z. Khan, DHV Speyer.

Die lebhaft besuchten Veranstaltungen boten ein sehr einprägsames Bild von der komplexen, effektiven Arbeit der Verwaltung des Bundes und der Länder und ihrer zunehmenden internationalen Bezüge.

Vorlesung in Brasilien via Satellit

Am 12. November 2004 hielt Univ.-Professor Dr. Karl-Peter Sommermann für die Teilnehmer eines Postgraduiertenprogramms der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Buenos Aires per Videokonferenz eine Vorlesung zum Thema "La justicia administrative alemana en el contexto europeo" (Der deutsche Verwaltungsrechtsschutz im europäischen Kontext). An den einstündigen Vortrag schloss sich eine Diskussion von etwa 45 Minuten an. Die argentinischen Rechtswissenschaftler interessierten sich besonders für die Durchsetzung sog. "diffuser" und

"kollektiver" Interessen vor dem Hintergrund einer subjektiven Rechtsschutzkonzeption sowie für die Durchsetzung verwaltungsgerichtlicher Urteile gegenüber der Verwaltung und deren Stellung im Verwaltungsprozess. Verantwortlicher auf argentinischer Seite war Univ.-Prof. Dr. Pedro Aberastury, renommierter Verwaltungsrechtler an der Universität Buenos Aires, der einer deutsch-brasilianisch-argentinischen Forschergruppe zu Rechtsschutzfragen angehört, die von deutscher Seite von Univ.-Prof. Sommermann koordiniert wird. Die Forschergruppe

soll im Herbst 2005 im brasilianischen Niterói zu dem Thema " Protección del medio ambiente y control judicial" (Umweltschutz und gerichtliche Kontrolle) tagen.



Direktschaltung nach Buenos Aires

Foto: DHV

SpeyerJournal Nr. 6

Wintersemester 2004/2005

(Fortführung des SpeyerBriefs)

Impressum

Herausgeber: Der Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Redaktion: Referat für Information und Kommunikation der DHV Spever.

Freiherr-vom-Stein-Str. 2, 67346 Speyer;

Tel.: 06232/654-225; Fax.: 06232/654-208; E-Mail: strohm@dhv-speyer.de

Verantwortlich: Dr. Klauspeter

Strohm, M. A.

Lektorat: Hildegard Grißmer

Druck: DHV Speyer, Druckerei

Erscheinungsweise: einmal pro Semester, Auflage: 2.500

Nachdruck bei Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars gestattet.

Fotonachweis: DHV, DHV-Archiv, Reed, Washington University

Die Universität in Lateinamerika

Die DHV Speyer hat eine lange Tradition und einen hervorragendem Ruf im internationalen Kontext des interkulturellen Wissenstransfers. Die Hochschule wurde wie lateinamerikanische Universitäten ursprünglich nach französischem Muster gegründet. Die Entwicklung verlief jedoch wesentlich anders, denn Lehre und Forschung ergänzen sich in Speyer vorbildlich. Eine solche Ergänzung bietet für junge Akademiker ein geeignetes innovatives Feld für die Anwendung ihrer Kenntnisse, und den möglichen Weg einer Verbesserung der Qualität des Hochschulsystems in Lateinamerika.

Die ersten Universitäten Lateinamerikas wurden schon in den ersten Jahrzehnten der Expansion der spanischen Kolonialmacht gegründet. Papst Paul III. erteilte 1538 die Genehmigung, die erste Universität Santo Tomás de Aquino in Santo Domingo zu gründen. Eng verknüpft mit dem katholischen Glauben entwickelte sich eine akademische Gemeinschaft, die zwar nicht kritikfrei war, aber sich immerhin durch eine wichtige Entwicklung der Ideen sowie eine lange Tradition der Lehre auszeichnete. Diese akademische Tradition leistete später einen wichtigen Beitrag für die Unabhängigkeitsbestrebungen. Im Gegensatz zu Spanisch-Amerika verfügte die portugiesische Kolonie im heutigen Brasilien über keine Universität. Wer ein Hochschulstudium anstrebte und absolvieren durfte, musste sich an der Universität Coimbra in Portugal einschreiben.

In der republikanischen Zeit orientierte sich die lateinamerikanische Hochschulpolitik am französischen Modell der "Escuelas Superiores" und die Universitäten wurden als Berufshochschulen konzipiert. Die Forschungseinrichtungen wurden dabei aber nicht mit übernommen. So begann ein mühsamer Weg der Entwicklung der Lehre getrennt von der Forschung. Eine erste tiefgreifende Bewegung mit dem Ziel einer Universitätsreform begann 1918 in Córdoba, Argenitien, initiiert von den Studenten. Ähnliche Bewegungen verbreiteten sich rasch in den benachbarten lateinamerikanischen Ländern. Die wichtigsten Forderungen konzentrierten sich auf eine Autonomie der Universitäten und die Mitentscheidungsrechte in akademischen Angelegenheiten. Die Forschungspolitik war zu diesem Zeitpunkt noch kein Thema.

1920 wurde in Brasilien die erste Universität gegründet. Trotzdem ist das brasilianische Bildungssystem heute das führende in Lateinamerika im Bereich der zusätzlichen Qualifikation nach einem Universitätsstudium (Postgraduation Degrees). Es ist jedoch bemerkenswert, dass von der Gesamtzahl der

Menschen zwischen 20 und 24 Jahren mit abgeschlossener Hochschulreife in Brasilien lediglich 11 % studieren, während sich in Argentinien 40 % einschreiben. Angaben nach Garcia Gaudilla, C.Situación y principales dinámicas de transformación de la educación superior en América Latina. CRE-SALC/UNESCO, Caracas, 1996.

Die Widerstandskämpfe gegen die militärischen Diktaturen und der starke Einfluss der marxistischen Ideologie prägen das Bild der meisten staatlichen Hochschulen in Lateinamerika. Besonders in Chile, Brasilien und Kolumbien besteht eine Konkurrenz zwischen staatlichen und privaten Einrichtungen, aber eine ähnliche Entwicklung lässt sich in den anderen lateinamerikanischen Ländern ebenfalls feststellen. Ein Kontinent, in dem 40 % der Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben, stellt ein anderes Szenario für den Privatisierungsgedanken des Hochschulwesens dar.

Private Hochschuleinrichtungen werben zum Teil für die Qualität ihres Studienangebotes, der engen Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft und besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Kluft in der Gesellschaft vergrößert sich jedoch durch die hohen Studiengebühren, die diese elitären Einrichtungen unerreichbar für die Mehrheit der lateinamerikanischen Bevölkerung machen. Andererseits erschweren die starren Strukturen der staatlichen Universitäten, dass der wissenschaftliche Nachwuchs Fuß in diesen Einrichtungen fassen kann.

Die ideologischen Auseinandersetzungen (sei es über Marxismus oder über christliche Dogmen) scheinen notwendig in einem Kontinent mit so großen Ungleichheiten und gehören selbstverständlich zu den Diskussionen akademischer Kreise, dabei erscheinen sie aber europäischen Wissenschaftlern manchmal wenig sachlich und fremd. Für die interkulturelle Kommunikation zwischen akademischen Gemeinschaften sollten diese Aspekte jedoch auch in Betracht gezogen werden. Die Bereitschaft zu Reformen sollte in Lateinamerika entstehen, damit sie auch nachhaltig wirken können. Aber die Anregungen der kreativen Reformvorschläge orientieren sich nach den Erfahrungen der europäischen Universitäten.

Wenn man nachhaltige Entwicklung der Wissenschaft aber als Wissenstransfer zwischen Universitätsprofessoren, Studenten und Praktikern begreift, gibt es ein großes Potential für einen fruchtbaren Dialog zwischen der DHV Speyer und den lateinamerikanischen Universitäten.

Lorena Ossio

Europäische Initiative im Wissenschaftsmanagement Neuer Studiengang im Markttest

Seit 2002 bietet die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer in Kooperation mit dem Zentrum für Wissenschaftsmanagement e. V. das einsemestrige Weiterbildungsstudium Wissenschaftsmanagement an. Mit diesem Erfahrungshintergrund beteiligt sich die Hochschule derzeit an der Einführung eines europäischen berufsbegleitenden Masterstudiengangs "Higher Education and Research Management". Dieser von mehreren renommierten europäischen Universitäten getragene neu entwickelte europäische Studiengang für Hochschul- und Wissenschaftsmanagement wird

derzeit einem ersten Markttest unterzogen.

Univ.-Professorin Dr. Dorothea Jansen, Lehrstuhl für Soziologie der Organisation, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, berichtet über den Stand der Dinge.

Frau Professor Jansen, Sie waren auf der deutschen Seite die treibende Kraft in der Entwicklung des berufsbegleitenden europäischen Studiengangs mit dem Abschluss eines European Master of Business Administration for Higher Educa-

tion and Research Management. Was ist das Ziel einer solchen Initiative?

D.J.: Das zentrale Ziel ist, einen attraktiven Studiengang anzubieten – ausgerichtet auf eine Professionalisierung des Wissenschaftsmanagements, auf die Vermittlung von in Europa anschlussfähigen Qualifikationen und auf den Aufbau von Europakompetenzen im Wissenschaftsmanagement.

Welche Institutionen in Europa sind an der Entwicklung beteiligt?

D.J.: An der Konzeption des Studiengangs waren zunächst die Universitäten London und Maastricht beteiligt – neben dem European Centre for Strategic Management of Universities, dem ESMU, das für die Koordination zuständig ist. Im Januar 2005 haben wir dann noch einen neuen südeuropäischen Partner gewonnen, die Universität Valencia.

Wie sind die Inhalte des neuen Studiengangs geplant? Was bietet insbesondere die DHV Speyer den Studierenden an und mit welchem Ziel?

D.J.: Der Studiengang wird sechs Kernbereiche umfassen: Strategic Management and Organisational Change, Management of Teaching and Research, European Higher Education and Research Area, Management of Financial Resources, Institutional Governance, Marketing und Leadership, Management of Professionals and Innovation.

Die DHV Speyer wird das Europamodul anbieten und sich damit in besonderem Maße der europäischen Dimension dieses neuen Studiengangs wid-

men. Das Ziel ist, den Studierenden ein Verständnis davon zu vermitteln, wie Institutionen und Akteure auf der europäischen Ebene des Hochschul- und Forschungssystems zusammenarbeiten und was die sich verstärkende Europäisierung von Forschung und Hochschulbetrieb für die nationale Ebene sowie das strategische Management der eigenen Hochschule oder Forschungseinrichtung bedeutet.

An wen richtet sich das Studium und wie stark werden die Studierenden zeitlich beansprucht?



Univ.-Prof. Dr. D. Jansen Foto: DHV

D.J.: Der Studiengang richtet sich an Nachwuchsführungskräfte im Hochschul- und Wissenschaftsmanagement in ganz Europa, weshalb das Programm in Englisch ist. Das Studium ist berufsbegleitend angelegt. Neben sechs Kernbereichen, denen jeweils eine Präsenzwoche gewidmet ist, sind zusätzliche Fernstudien vorgesehen, die durch virtuelle Lernumgebungen unterstützt werden. Die Präsenzphasen beschränken sich also auf sechs Wochen in zwei Jahren. Daneben sollte Zeit für die Vorbereitung, die zusätzlichen Fernkurse und die Abschlussarbeit eingeplant werden. Hier sind die Studierenden aber zeitlich sehr flexibel.

Hat sich Ihrer Meinung nach die Zusammenarbeit der DHV Speyer mit dem Zentrum für Wissenschaftsmanagement in der Etablierung dieses europäischen MBA-Studiengangs bewährt?

D.J.: Ja, ganz hervorragend. Das Zentrum ist aktuell zentral mit dem Markttest für den Studiengang befasst. Die Ergebnisse sollen bis Mitte März

vorliegen. Dann ist auch das nächste Treffen in London, bei dem Frau Jahn-Zimmermann vom ZWM und ich die Ergebnisse mit den Partnern diskutieren werden.

Ab wann soll es den neuen Studiengang geben, falls der Markttest positiv verläuft. Wie viele Studierende sind geplant und wo können sie sich bewerben?

D.J.: Wir hoffen sehr auf einen positiven Markttest und die laufenden Rückmeldungen sind sehr ermutigend. Ab dem späten Frühjahr wird es möglich sein, sich zu bewerben. Voraussetzung ist ein Universitätsabschluss und drei bis fünf Jahre Berufserfahrung im Management von Hochschulen oder Forschungseinrichtungen. Studierende können durch die eigene Hochschule oder Forschungsinsti-

tution abgeordnet und angemeldet werden oder sich individuell bewerben. Die englischsprachige Bewerbung sollte die Beweggründe für die Wahl des Studiums darlegen. Die Kandidatinnen und Kandidaten werden gegebenenfalls auch zu einem Gespräch eingeladen. Weitere Informationen erteilt das Studiensekretariat, das bei ESMU in Brüssel angesiedelt ist.

Ansprechpartnerin für weitere Informationen: Nadine Burquel, ESMU Programme Secretariat, 31 Rue Monotoyer, B-1000 Brussels, Belgien, Tel. +32 (0) 2 289 24 60, E-Mail: nadine.burquel@ESMU.be

Startschuss für neue Stiftungsprofessur Wissenschaftsorganisation, Hochschul- und Wissenschaftsmanagement



Geglückter Startschuss: Unterzeichnung der Verträge ...

Wissenschaft und Forschung benötigen eine gute und effiziente administrative Führung in Strukturund Organisationsentwicklung, im Bereich Personal und Finanzen, die den Bedürfnissen wissenschaftlicher Einrichtungen und ihrer Mitglieder entspricht und Kreativität, Flexibilität und grenzüberschreitende und fachüberschreitende Zusammenarbeit unterstützt und nicht hemmt. Diese Prozesse im Wissenschaftsbereich sollen zukünftig durch den ersten Lehrstuhl Deutschlands für "Wisssenschaftsorganisation, Hochschul- und Wissenschaftsmanagement" an der DHV Speyer untersucht und in Forschung und Lehre vertreten werden. Ziel ist es, die Professionalisierung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu gewährleisten und dazu beizutragen, die Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wissenschaft durch Verbesserung der Qualität und der Leistungsfähigkeit des Wissenschaftssystems zu steigern.

In einer beispielhaften Gemeinschaftsaktion haben sich der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen, und die MLP Finanzdienstleitungen AG, Heidelberg, bereit erklärt, eine Stiftungsprofessur für die Dauer von fünf Jahren mit einem Beitrag von jährlich jeweils 75.000 Euro zu fördern. Die Andrea-von-Braun-Stiftung München stellt darüber hinaus Fördermittel in Höhe von 5.000 Euro pro Jahr zur Verfügung. Die DHV Speyer stellt die erforderliche Infrastruktur, das ZWM unterstützt die Aufgaben der Stiftungsprofessur mit einem jährlichen Beitrag für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Am 25.2.2005 wurden die entsprechenden Verträge unterzeichnet. Rektor Fisch dankte bei dieser Gelegenheit ausdrücklich Prof. Dr. Wagner, dessen Geschick entscheidend zum erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen beigetragen hatte. Damit ist nun der Weg für die Besetzung des Lehrstuhls frei.



... für die Stiftungsprofessur

Fotos: DHV

Quo vadis D.?

Am 7. und 8. August 2004 wirkte Univ.-Professor Dr. C. Böhret mit am Follow-up-Seminar des Führungskolleg Speyer (FKS) und hielt einen Vortrag zum Thema "Quo vadis D.?".

Vortrag bei Görres-Gesellschaft

Em. Universitätsprofessor Dr. Dr. h.c. Rudolf Morsey hielt am 26. September 2004 in Osnabrück zur Eröffnung der Generalversammlung der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft den Festvortrag über das Thema "Ludwig Windthorst – Größe und Grenzen von Bismarcks Gegenspieler".

Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer

Die Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer hatte für ihre Jahrestagung in Jena vom 6. – 9. Oktober 2004 unter dem Rahmenthema "Der Sozialstaat in Deutschland und Europa" Univ.– Prof. Dr. Pitschas eingeladen, zum Einzelthema "Die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme" am 7. Oktober 2004, den Erstbericht zu übernehmen.

Deutsch-Japanische Lernwerkstatt

In der Zeit vom 18. bis 20. Oktober 2004 veranstaltete Univ.-Prof. Dr. R. Pitschas gemeinsam mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung und in Zusammenarbeit mit dem Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin die "Lernwerkstatt Japan-Deutschland" unter dem Thema "Globalisierung als Herausforderung für die Verwaltung: Ein Beitrag zu 'Deutschland in Japan 2005/2006". Der Veranstaltung lagen drei unterschiedliche Ziele zugrunde. Zum einen ging es um die Vermittlung von Wissen über die internationale Verwaltungszusammenarbeit am Beispiel Japans

und der Region Ostasien. In diesem Zusammenhang diente die Veranstaltung dazu, die Weiterbildungsteilnehmer über dieses Ziel der Verwaltungszusammenarbeit zu orientieren. Das zweite Ziel der Veranstaltung lag in der Wissensvermittlung über die internationalen Beziehungen und die Bedeutung Japans sowie der gesamten Region hierfür. Schließlich war die Veranstaltung bestrebt, an dem konkreten Beispiel der Begegnung japanischer und deutscher Verwaltungsangehöriger und Wissenschaftler die Bedeutung interkultureller Kompetenz im Sachdialog und für das Öffentliche Management herauszustellen.

Die Ziele der "Lernwerkstatt" sind in jeder Hinsicht erreicht worden. Zugleich ist es gelungen, für das Deutschlandjahr in Japan einen namhaften Beitrag zu liefern, der die DHV Speyer in ihren internationalen Bezügen angemessen repräsentiert. Auf der Veranstaltung hat Univ.-Professor Dr. Pitschas zur Staats- und Verwaltungsmodernisierung in Deutschland und Japan einen Vortrag mit dem Thema "Deutschland und Japan im Focus der Verwaltungszusammenarbeit" gehalten.

Weichenstellungen für die Bahn

Univ.-Professor Dr. Andreas Knorr hat auf der Tagung der Evangelischen Akademie Loccum "Lernen von den Nachbarn? Vereinigtes Königreich" (21.–22.10.2004) über "Weichenstellungen für die Bahn" gesprochen.

Vollbeschäftigung eine Illusion?

Univ.-Professor Dr. Andreas Knorr hat im Rahmen des zusammen mit Univ.-Professorin Dr. Gisela Färber veranstalteten Kompaktseminars "Finanzen und Wirtschaft" für Führungskräfte der Länderministerien (25. – 27. Oktober 2004) über "Vollbeschäftigung eine Illusion?" referiert. Besonders betont wurden in diesem Zusammenhang die Chancen und Risiken einer Rückkehr zur Vollbeschäftigung.

Besuch aus Shanghai

Am 26. Oktober 2004 besuchte eine Delegation des Shanghai Administration Institute der Volksrepublik China unter Führung ihres Vizepräsidenten Prof. Li Qi die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Das Institut, in Wahrheit eine eigene Verwaltungshochschule der Großstadt Shanghai, die nach der "Chinese National School of Public Administration" in Beijing/VR China die bedeutenste Aus- und Weiterbildungseinrichtung für die chinesische Verwaltungselite darstellt, strebt eine kontinuierliche Partnerschaft mit der DHV Spever an. Univ.-Prof. Dr. Pitschas hielt während des Besuchs einen Vortrag über die "Verwaltungsmodernisierung in Deutschland". Herr P. Laurency stellte anschließend die Hochschule im Einzelnen vor, woran sich ein Rundgang durch die Hochschule Speyer anschloss.

Sport, Staat und Verwaltung

"Sport, Staat und Verwaltung. Sportliche Großereignisse zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und Public Private Partnership. Zur Verantwortungspartnerschaft in der Sphäre des Sports am Beispiel der Veranstaltung Olympischer Spiele" lautete der Titel des Vortrages, den Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas am 27. Oktober 2004 vor Teilnehmern der China General Administration of Sport/State Council und der China National School of Public Administration, Beijing/Volksrepublik China, in Speyer hielt. Der Vortrag erfolgte gelegentlich des Besuchs ausgewählter Angehöriger der China General Administration of Sport, die zum Staatsrat der Volksrepublik China gehört, sowie der China National School of Public Administration, Beijing/VR China, an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Auf ihrer Rundreise durch deutsche Institutionen der staatlichen und kommunalen Sportverwaltung wurden zahlreiche Fragen der chinesischen Vorbereitung auf die Olympischen Spiele behandelt.

Gemeinschaftsrechtliche Zukunftsperspektiven für das deutsche Gesundheitswesen

Über "Gemeinschaftsrechtliche Zukunftsperspektiven für das deutsche Gesundheitswesen: Die Gesundheitspolitik im Entwurf einer
EU-Verfassung" referierte Univ.Professor Dr. R. Pitschas am 5. November 2004 im Institut für Europäische Gesundheitspolitik und
Sozialrecht an der Universität
Frankfurt auf der Tagung "Das Europäische Gemeinschaftsrecht und
das deutsche Gesundheitswesen"
vom 4. bis 5. November 2004.

Vortrag in Kiew

Univ.-Professor Dr. Andreas Knorr hat auf der Fifth Annual International Conference of the Ukrainian Marketing Association in Kiew/ Ukraine (10.–14. November 2004) einen Vortrag über "Competitive Advantage through Innovative Pricing Strategies – the Case of the Airline Industry" gehalten.

Bauen ohne Baugenehmigung?

Am 19. November 2004 fand in der Aula der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer die 13. Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft verwaltungsrecht Rheinland-Pfalz im Deutschen Anwaltverein (ARGE) statt. Seitens der Hochschule lag die Federführung für die Veranstaltung, die sich dem Thema "Bauen ohne



Interessante Veranstaltung der ARGE zur BAUGB-Novelle Foto: DHV

Baugenehmigung und BauGB-Novelle 2004" widmete, bei Univ.-Professor Dr. Jan Ziekow, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere allgemeines und besonderes Verwaltungsrecht.

Öffentlich-private Partnerschaften im Bereich der inneren Sicherheit und E-Government

Zum Thema "Öffentlich-private Partnerschaften im Bereich der inneren Sicherheit und E-Government" hielt Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas am 11. November 2004 einen Vortrag im Workshop der Alcatel SEL Stiftung für Kommunikationsforschung in Bremen. Der Workshop setzte sich auseinander mit "Digitalen Infrastrukturen für Sicherheit und E-Government?".

Symposium zu privatversicherungsrechtlichen Elementen in der gesetzlichen Krankenversicherung

Am 16. November 2004 nahm Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas als Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Kassenarztrecht e. V. an dem von dieser in Berlin veranstalteten Symposium "Privatversicherungsrechtliche Elemente in der gesetzlichen Krankenversicherung" teil und unterstützte die Veranstaltung durch eigene Diskussionsbeiträge.

6. Hochschullehrertagung der kassenärztlichen Vereinigung

Am 17. und 18. November 2004 nahm Univ.-Prof. Pitschas an der 6. Hochschullehrertagung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung in Köln teil, auf der alljährlich Modernisierungsprobleme des Gesundheitswesens fachspezifisch behandelt werden. Auf der Veranstaltung wurden vor allem die Themen der "Rechtsnatur der Praxisgebühr" sowie die "Elektronische Gesundheitskarte" behandelt. Auf der Tagesordnung standen ferner die Diskussionspunkte des Honorarbescheids als ein vorläufiger Verwaltungsakt und der Datentransparenz.

Vorträge in Lissabon

"Professionalism in Public Service. An Indispensable Value for the Efficient State" lautete das Thema, zu dem Univ.-Professor Dr. Pitschas am 25. November 2004 in Lissabon am Higher Institute for Labour and Business Studies referierte.

Am 26. November 2004 sprach Pitschas dann im Department für Soziologie des Higher Institute for Labour and Business Studies zum Thema "What is Behind New Public Management? The German Education and Training System for Public Officers as an Example for Change Management".

Polizei, private Sicherheitsdienste und Risikoinformation

Zu diesem Thema hielt Univ.-Professor Dr. R. Pitschas am 9. Dezember 2004 in Wiesbaden einen Vortrag auf dem Symposium "Polizei und private Sicherheit" des Bundeskriminalamtes in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen. Die Veranstaltung diente der Fortsetzung seit langem gemeinsam



Nach erfolgreicher Evaluation lud InWEnt zu einer Kutschfahrt ein Foto: DHV

geführter Diskussionen über die Zusammenarbeit des privaten Sicherheitssektors und der Polizeibehörden auf Länder- und Bundesebene. Im Mittelpunkt stand deshalb die Bestandsaufnahme der in Public Private Partnership erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen. Darüber hinaus wurden internationale Aspekte der privaten Sicherheitsgewährleistung diskutiert.

Auszeichnung in Österreich

Am 10. Dezember 2004 wurde Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien verliehen. Die Auszeichnung wurde dem Geehrten am 5. Februar 2005 in einer kleinen Feierstunde überreicht.

Zwischenevaluierung

Am 16. Dezember 2004 fand für die Stipendiaten der Internationalen Weiterbildung und Entwikklung gGmbH (InWEnt) eine Zwischenevaluierung des für diesen Personenkreis an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer angebotenen verwaltungswissenschaftlichen Studienprogramms statt. Zur Erörterung stand der bisherige Verlauf des Studienprogramms auf seiten des Stipendienkurses 2004/2005, dem Erfahrungsberichte über das Verwaltungspraktikum

und Beurteilungen der jeweils absolvierten Lehrveranstaltungen zugrunde lagen. Besprochen wurde ferner die Vorbereitung auf die Abschlussprüfungen. Dabei war die Möglichkeit zu individuellen Gesprächen gegeben. Ein gemeinsames

weihnachtliches Abendessen schloss die Zwischenevaluierung ab, bei der Herr Prof. Dr. R. Pitschas die Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und Frau T. Klapproth sowie Herr D. Riegel von der Abteilung Verwaltungspolitik/ Sicherheitspolitik die InWEnt vertraten.

Arbitration aus Anwaltsperspektive

Am 18. Januar 2005 hielt Dr. Stephan Wilske auf Einladung von Univ.-Professorin Dr. Dorothea Jansen einen Vortrag über die aktuellen Entwicklungen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Er bot den Hörerinnen und Hörern einen Überblick über die Grundzüge sowie die konkrete Ausgestaltung der Verfahren bei Schiedsgerichten verschiedener institutionalisierter Schiedsgerichtsorganisationen. Dank seiner Arbeit bei der international tätigen Rechtsanwaltskanzlei Gleiss Lutz konnte er seine Überlegungen durch zahlreiche praktischen Erfahrungen illustrieren. Dadurch zeichnete er ein anschauliches Bild dieses für die Referendare noch recht ungewohnten Arbeitsfeldes.

Verwaltungsrechtsschutz durch Gerichtsmediatoren?

Am 27. Januar 2005 referierte Univ.-Professor Pitschas zum Thema "Verwaltungsrechtsschutz durch Gerichtsmediatoren?" in der Projektwerkstatt "Mediation in der Verwaltungsgerichtsbarkeit" (Veranstalter: Richter am VG Dipl.-Verw. H. Walther) in der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Rechtsprechungsmanagement

Am 27. und 28. Januar 2005 führte Univ.-Prof. Dr. R. Pitschas gemeinsam mit Univ.-Prof. Dr. J. Ziekow die 2. Sitzung des am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule Speyer eingerichteten Arbeitskreises "Rechtsprechungsmanagement in der Verwaltungsgerichtsbarkeit und gerichtsverbundene Mediation" durch. In der Veranstaltung ging es um die Darstellung rechtlicher Strukturen und praktischer Erfahrungen mit der Gerichtsmediation im Verwaltungsprozess. Ferner wurden Thesen zur Abgrenzung der Gerichtsmediation von der Verwaltungs- und Anwaltsmediation diskutiert. Zu der Sitzung waren eine Reihe hochrangiger Richter und Richterinnen aus dem Bundesgebiet erschienen sowie Vertreter weiterer Berufsgruppen. Die Themen fanden reges Interesse und wurden ausgiebig diskutiert. Dabei zeigte sich erneut die nützliche Verbindung solcher institutionalisierter Gesprächskreise mit dem Ausbildungsschwerpunkt "Rechtsberatung und Rechtsgestaltung" an der DHV Speyer.

Handbuch der Verwaltungsrechtswissenschaft

Vom 3. bis 5. Februar 2005 folgte Univ.-Prof. Dr. Pitschas der Einladung der Herausgeber des Handbuchs der Verwaltungsrechtswissenschaft (Univ.-Prof. Dres. Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Vosskuhle) in das Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte in Frankfurt zu dem zweiten Workshop über die

für das Handbuch verfertigten einzelnen Beiträge. Herr Pitschas stellte seinen Beitrag zu den "Handlungsmaßstäben des Verwaltungsrechts" vor sowie den Beitrag von Prof. Dr. M. Ruffert ("Rechtsquellen und Rechtsschichten des Verwaltungsrechts").

Besuch aus Japan

Am 8. Februar 2005 besuchte Prof. Dr. Jun Katagi von der Waseda Universität in Tokio/Japan und dort als Lehrstuhlinhaber an der "Graduate School for Public Administration" tätig, die Hochschule Speyer. Vor Beginn seiner Tätigkeit an der Waseda Universität arbeitete Herr Katagi als leitender Beamter an einer japanischen Präfektur. Univ.-Prof. Dr. R. Pitschas führte mit ihm ein längeres Gespräch über die Möglichkeiten der Kooperation zwischen der Waseda Universität und der Hochschule Speyer; daran schloss sich ein längerer Gedankenaustausch über die Möglichkeiten der Weiterbildung für den öffentlichen Dienst in Japan und Deutschland an.

Besuch aus Madras

Am 9. Februar 2005 hat Herr Dr. William Gnanasekaran von der Universität Madras die Hochschule Speyer besucht. Er ist am "Autonomous Christian Church College" in Tambaram tätig. Gegenwärtig arbeitet Herr Dr. Gnanasekaran im Rahmen der Partnerschaft des Evangelisch-Lutherischen Missionswerks mit der indischen Tamil Evangelical Lutheran Church in Hildesheim; diese Tätigkeit gibt er Ende Februar des Jahres auf, um an die Universität Madras zurückzukehren, Univ.-Prof. Dr. R. Pitschas erörterte mit Herrn Dr. Gnanasekaran die künftige Kooperation und das gemeinsame Projekt einer themenbezogenen Weiterbildung an der Universität Madras in Zusammenarbeit mit der "International Political Science Association" und deren Research Committee No 4 ("Development Policy").

Gesetzgebungsseminar in der Schweiz

Vom 9. bis 11. Febraur 2005 wirkte Univ.-Professor Dr. C. Böhret mit am Gesetzgebungsseminar der Schweizerischen Gesellschaft für Gesetzgebung (SGG)/ Bundeskanzlei und Bundesamt für Justiz (Bern). Insbesondere ging es um Methoden der Wirkungsabschätzung/Gesetzesevaluation.

Vorträge in Radein

Univ.-Professor Dr. Andreas Knorr hat auf dem 38. Internationalen Forschungsseminar Radein (13.-20.2.2005) referiert über "Gemeinwohl und Daseinsvorsorge in der Infrastrukturpolitik" (16.2.2005), und über "Neue Wege der Infrastrukturversorgung: Wasserversorgung" (17.2.2005).

Humboldt neu denken

Am 17. und 18. Februar 2005 nahm Herr Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas auf Einladung der Hanns Martin Schleyer-Stiftung sowie der Heinz Nixdorf-Stiftung an dem Symposium "Humboldt neu denken- Qualität und Effizienz der 'neuen' Universitas: Notwendigkeiten, Wege und Grenzen der Profilierung im Spiegel nationaler und internationaler Herausforderungen" an der Ludwig-Maximilians-Universität in München mit einem Diskussionsbeitrag teil.

EERC/EROC-Konferenz

Univ.-Professor Dr. Andreas Knorr hat auf der EERC/EROC Konferenz (23. bis 27. Februar 2005) an der National University (NaUKMA) in Kiev über "Public Service Obligations versus Competition Policy" referiert.

Festvortrag

Am 28. Februar 2005 hielt Univ.-Professor Dr. C. Böhret den Festvortrag anlässlich der Jahrestagung des Leibnizinstituts für Festkörper- und Werkstoffforschung Dresden (IFW).

10 Jahre Landesgleichstellungsgesetz

Anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Landesgleichstellungsgesetzes fand am 12. April 2005 im Historischen Ratssaal der Stadt Speyer eine Festveranstaltung statt. An diesem Abend wurde eine Dokumentation von 13 Speverer Behörden und Organisationen, darunter die DHV Speyer, mit dem Titel "Frauenförderung in Speyer -10 Jahre Landesgleichstellungsgesetz" vorgestellt. Das Projekt stand unter der Schirmherrschaft des Speyerer Oberbürgermeisters Werner Schineller. Regierungsdirektorin Christiane Müller vertrat die Hochschule bei dieser Gelegenheit.

Arbeitsgemeinschaft der Medienzentren

Die DHV Speyer ist im zurückliegenden Semester Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Medienzentren an Hochschulen e. V. geworden. Die Arbeitsgemeinschaft fördert Wissenschaft und Forschung, Lehre und Studium sowie wissenschaftliche Weiterbildung durch die Unterstützung der Medienzentren an Hochschulen in Bezug auf die Entwicklung, die Produktion und die Organisation des Einsatzes von audiovisuellen Informationsund Kommunikationsmedien.

Die Zukunft des Föderalismus in Deutschland und Europa 73. Staatswissenschaftliche Fortbildungstagung

Die Zukunft des Föderalismus in Deutschland und Europa war das Thema der 73. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung, die vom 16. bis 18. März 2005 in Kooperation mit dem Landtag Rheinland-Pfalz in der Hochschule stattfand. Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten diskutierten namhafte Vertreter aus Wissenschaft und Politik aus Deutschland und Österreich Gegenwart und Zukunft des bundesstaatlichen Systems. Nach der Begrüßung durch den Tagungsleiter unterzog Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus Stern in seinem Eröffnungsvortrag die bundesstaatliche Ordnung in Deutschland einer eingehenden Analyse. Er betonte die Notwendigkeit von Reformen und unterstrich, dass eine Kommission, bestehend aus Mitglie-



Konzentrierter Tagungsleiter: Univ.-Prof. Dr. Dr. D. Merten

dern des Bundestages und des Bundesrates, in seinen Augen das geeignetste Instrument zur Umsetzung sei. Es dürften jedoch nicht einzelne Themenkomplexe ausgeklammert werden, sondern man müsse sich allen Fragen stellen. Dies gelte vor allem für die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern sowie für die europäische Dimension. In seinem Bericht über die Arbeit der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung verwies Ministerialdirigent Dr. Horst Risse, Leiter des Sekretariats der Kommission, auf eine Reihe von Problemen, beginnend mit rein organisatorischen Fragen, z. B. die Größe der Kommission, bis hin zu grundlegenden Meinungsverschiedenheiten über die Reichweite der notwendigen Reformen. Seiner Ansicht nach lagen vor allem im Bildungsbereich die Vorstellungen zu weit auseinander, um einen Kompromiss finden zu können. Er hob aber auch hervor, dass in seinen Augen nicht von einem Scheitern der Kommission gesprochen werden könne. Der Reformprozess sei nicht beendet, sondern die Kommission stelle nur einen Schritt auf dem Weg zu einer Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung dar. Die Anpassung der

staatlichen Organisation der Bundesrepublik an die sich ständig ändernden Rahmenbedingungen sei eine Daueraufgabe der Politik. Die in der Kommissionsarbeit entwickelten Lösungsansätze schafften eine gute Ausgangsposition.

Nach diesen grundlegenden Vorträgen zur Einführung wurden Einzelprobleme erörtert. Prof. Dr. Georg-Berndt Oschatz, Direktor des Bundesrates a. D., Berlin, machte in seinem Vortrag über Kultur und Bildung im Bundesstaat auf die Notwendigkeit der Kooperation sowohl der Länder untereinander als auch von Bund und Ländern in diesem Bereich aufmerksam. In keinem anderen Aufgabenfeld sei eine derartig enge Zusammenarbeit zu beobachten. Allerdings bedinge dies eine gewisse Schwerfälligkeit, die notwendige Reformen erschwere. Trotz allem würden die Vorteile, nämlich eine einmalige kulturelle Vielfalt die Nachteile einer zentralistischen Kulturpolitik überwiegen. Die Bemühungen um eine Bundesstaatsreform in Österreich waren das Thema des Vortrags von Univ.-Prof. Dr. Ewald Wiederin, Universität Salzburg. Zu Beginn seines Vortrags verwies er auf die unterschiedliche Entstehung und Ausgestaltung beider föderaler Systeme, denen jedoch die Reformbedürftigkeit gemeinsam sei. Allerdings hätten sich die Reformziele deutlich unterschieden. Während in Deutschland eine stärkere Entflechtung oberstes Ziel gewesen sei, hätte man in Österreich genau das Gegenteil, eine stärkere Verflechtung angestrebt. Die Reform sei letztlich daran gescheitert, dass der Bund den Ländern bestimmte Mitwirkungsrechte nicht einräumen wollte.

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Univ.-Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier, ging der Frage nach, inwieweit das föderale System selbst weitergehenden Reformen entgegenstehen könnte. Er hob hervor, dass das bundesstaatliche System in Deutschland nur dann eine Zukunft habe, wenn es sich den sich ständig wandelnden Gegebenheiten anpasse. Zu beobachten sei gegenwärtig ein erheblicher Vertrauensverlust. Mitursächlich seien die Schwerfälligkeit, mit der sich die Reformen beispielsweise im Gesundheitswesen, der Sozialversicherung oder im Steuerrecht vollzögen. In der Öffentlichkeit würde dadurch zunehmend das föderalistische System in Zweifel gezogen. Es müsse deshalb die Frage gestellt werden, welche Funktion der Föderalismus haben und was er für das Gemeinwesen leisten solle. Er bewertete die derzeitige Krise jedoch als Herausforderung und Chance für eine echte Erneuerung.

In seinem Vortrag "Entflechtung bundesstaatlicher Verantwortung im Bereich der Gesetzgebung" analysierte Univ.-Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Kiel, die Verknüpfungen der Verantwortungsbereiche im Ver-

fassungsgefüge. Hauptziel der Föderalismusreform sei eine Entflechtung der Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern. Dies setze zunächst eine Verkleinerung der Gegenstandskataloge der konkurrierenden Gesetzgebung voraus. Er plädierte für die Abschaffung der Rahmengesetzgebung. Sie stehe einer innovativen und konstruktiven Bundesstaatlichkeit im Wege. Allenfalls bei der Umsetzung von EU-Richtlinien erscheine ein Festhalten an einer Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes sinnvoll, um den europäischen Verpflichtungen nachkommen zu können. Reformbedarf bestünde auch im Rahmen der Zustimmungsbedürftigkeit von Bundesgesetzen.

Univ.-Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof, Tübingen, widmete sich in seinem Vortrag der wichtigen und sehr umstrittenen Frage der aufgabengerechten Finanzausstattung im Bundesstaat. Die Finanzverfassung müsse nicht nur für aufgaben- und zeitgerechte Einnahmen sorgen, sondern sie auch für die besonderen Ziele des Bundesstaates einsetzen. Effizient könne ein Bundesstaat nur sein, wenn er Aufgaben, Verantwortung und Finanzen ohne Kompetenz- und Verfahrensüberschneidungen an jeweils eine Gliedkörperschaft nach dem Grundsatz der Subsidiarität verteile. Korrespondierende Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen müssten dabei in einer Hand liegen. Nach der bestehenden Rechtslage habe jedoch der Bund die Gesetzgebungskompetenz für Aufgaben, die letztlich von den Ländern durchzuführen und vor allem zu finanzieren seien. Sie gerieten dadurch in eine zusätzliche finanzielle Abhängigkeit des Bundes. Deshalb müsse der Bund die Kosten der von ihm geschaffenen Gesetze und Aufgaben den Ländern erstatten. Außerdem sollte den Ländern, soweit dies möglich sei, eine größere Steuerautonomie zugestanden werden, um ihre chronische Unterfinanzierung zu beseitigen. Auch der Finanzausgleich sei in seiner heutigen Form zu wenig bedarfsorientiert und müsste reformiert werden.

Der Präsident des rheinland-pfälzischen Landtages, Christoph Grimm, referierte über den wachsenden Bedeutungsverlust der Landesparlamente im Mehrebenensystem. Infolge der zunehmenden Übertragung von Kompetenzen der Mitglieder auf die Europäische Union verblieben für die Landesparlamente immer weniger Bereiche, in denen sie tätig werden können. Inzwischen sei der unantastbare Kernbestand an eigenen Aufgaben der Länder gefährdet. Ihnen käme vielfach nur noch die Aufgabe einer Ratifikationsinstanz für an anderer Stelle getroffene Entscheidungen zu. Er warnte davor, dass mit der Verlagerung von Zuständigkeiten auf höhere Ebenen auch die Zuordnung von Verantwortlichkeiten immer mehr erschwert werde. Die derzeitige Entwicklung sei weder mit dem Bundesstaats- noch mit dem Demokratieprinzip vereinbar. Ihr müsste unbedingt mit einer Stärkung der Länderparlamente entgegengetreten werden. Er unterbreitete den Zuhörern eine Reihe von Vorschlägen, um die Rolle der Landesparlamente wieder zu stärken, die eingehend diskutiert wurden.

In seinem Abschlussvortrag "Die Europatauglichkeit des Art. 23 GG" lenkte Univ.-Prof. Dr. Peter Michael Huber, München, den Blick der Teilnehmer noch einmal über die Grenzen Deutschlands hinaus. Im Kern sprach er über die nationale Rechtsetzung unter den Bedingungen des Mehrebenensystems. Er machte darauf aufmerksam, dass das nationale Verfassungsrecht durch seine fortschreitende Europäisierung einen tiefgreifenden Funktionswandel erfahren habe. Grundgesetz und europäisches Verfassungsrecht seien derzeit nur gemeinsam zu einer gesellschaftlichen Einheitsbildung in der Lage. Nur aus der Zusammenschau erschließe sich die Grundordnung unseres politischen und sozialen Lebens. Dieser Erkenntnis müsse im bundesstaatlichen Gefüge Rechnung getragen werden, um wesentliche Staatszwecke, wie z. B. Sicherheit und soziale Gerechtigkeit, unter den Bedingungen der europäischen Integration erfüllen zu können. Es sei festzustellen, dass sich die Rolle von Bundestag und Bundesrat verändert hätte und in der Zukunft noch weiter verändern werde. Das Parlament verlöre zunehmend seine Gesetzgebungsfunktion. Beim Vergleich der deutschen Rechtslage mit der einiger europäischer Nachbarn sei eine mangelnde Europataug-



Aufmerksames Publikum beim Vortrag des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Papier Fotos: DHV

lichkeit des deutschen Willensbildungs- und Rechtsetzungsverfahrens festzustellen. Hier seien tiefgreifende Reformen dringend geboten. Er bemängelte, dass sich diese Erkenntnis noch nicht durchgesetzt habe.

Die Referate und Diskussionen, die in einem Tagungsband veröffentlicht werden, vermittelten den Teilnehmern zahlreiche Anregungen für eine Weiterentwicklung des föderalen Systems und belegten zugleich dessen legitimierende und integrierende Bedeutung. Teilnehmer und Referenten waren sich einig, dass die Bemühungen um eine Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung in Deutschland fortgeführt werden müssen.

7. Speyerer Planungsrechtstage / Speyerer Luftverkehrsrechtstag

Vom 9. bis 11. März 2005 stand wieder das Planungsrecht und das Luftverkehrsrecht auf der Agenda der DHV Speyer. Nach der Begüßung durch Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow als bewährtem wissenschaftlichen Leiter dieser Veranstaltung setzte sich der Luftverkehrstag nach einem Impulsreferat von Fachanwalt für Verwaltungsrecht Dr. Lutz Eidling mit der Verfassungsmäßigkeit des neuen Luftsicherheitsgesetzes auseinander. Zu behördlichem Einschreiten und individuellen Schutzansprüchen gegen zugelassenen Luftverkehr referierte dann Dr. Peter Wysk, bevor es um die Planfeststellungsfiktion am Beispiel des § 71 LuftVG ging, die Dr. Martin Schröder, Rechtsanwalt, Nörr Stiefenhofer Lutz, München, vorstellte. Der Luftverkehrsrechtstag wurde beschlossen mit zwei Referaten der Fachanwälte für Verwaltungsrecht Dr. Norbert Kämper und Dr. Volker Gronefeld zur Schließung von Flughäfen und - als aktuelle Stunde - zum Rechtsschutz und Öffentlichkeitsbeteiligung in Umweltangelegenheiten.

Auf den sich unmittelbar anschließenden Planungsrechtstagen standen dann zunächst die Rolle des Richterrechts im Planungsrecht und das Planungsverfahren als methodische Herausforderung im Interessensmittelpunkt. In Vorträgen und Diskussionen standen hier Priv.-Doz. Dr. Dr. Wolfgang Durner und Dr. Ekkehard Hofmann Rede und Antwort. Für die Themenkomplexe Veränderungssperre und Vorkaufsrecht in der Fachplanung, Verkehrswegeplanung in Korea, Fachplanung und

Enteignung, Abwägungsentscheidungen bei Raumordnungsplänen und Grenzüberschreitende Raumplanung konnten als Referenten gewonnen werden Rechtsanwalt Dr. Peter Schütz, Prof. Dr. Jong Hyun Seok, Priv.-Doz. Dr. Annette Guckelberger, Rechtsanwalt Dieter R. Anders sowie Priv.-Doz. Dr. José Martinez Soria. Am letzten Tag referierten dann Axel Steffen vom Ministerium für ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, Volker Kuhnert vom Thüringer Landesverwaltungsamt sowie Prof. Dr. Nikolaus Herrmann zu Flächen- und Maßnahmenpools im Fachplanungsrecht, Errichtung von Windenergieanlagen in Vorranggebieten bei Ansiedlung von besonders und streng geschützten Arten sowie zu Alternativprüfung aus fachplanungsrechtlicher und FFH-Sicht.



Univ.-Prof. Dr. Ziekow (am Rednerpult) bei der Eröffnung der Tagung in der vollbesetzten Aula Foto: DHV

Finanzielle (Leistungs-) Anreize im öffentlichen Sektor

Am 24.2.2005 wurde von Univ.-Prof. Dr. Mühlenkamp das Seminar "Finanzielle (Leistungs-)Anreize im öffentlichen Sektor - Wirkungen und Nebenwirkungen" im Rahmen des Weiterbildungsprogramms der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer durchgeführt. Den Teilnehmern wurden zunächst die für das Verständnis von Anreizsystemen notwendigen Grundlagen der Prinzipal-Agent-Theorie nähergebracht. Mit Hilfe der theoretischen Kenntnisse ist es möglich, adäquate "Stellschrauben" von Leistungsanreizsystemen (z. B. Anreizintensität, Umgang mit Risikokosten, Genauigkeit der Leistungsmessung) und deren Interdependenz ableiten zu können.

Es hat sich gezeigt, dass die Implementierung der aus dem privaten Sektor stammenden Anreizsysteme im öffentlichen Sektor mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist. So ergibt sich z. B. im öffentlichen Sektor – im Gegensatz zur Privatwirtschaft – das Problem, dass die (mitunter schwer zu bestimmenden) Kriterien der Leistungsbeurteilung transparent und vor allem "verwaltungsgerichtsfest" gemacht werden

müssen, was für komplexe, multi-funktionale Tätigkeiten zum einen schwierig bis unmöglich sein dürfte, und zum anderen wohl kaum ohne eine letztlich willkürliche Gewichtung zu machen ist.

Am Beispiel der Umstellung der Hochschullehrerbesoldung von der C- auf die W-Besoldung wurde veranschaulicht, mit welchen Schwierigkeiten (Kriterienfestlegung, Messproblematik, Gewichtung) die Implementierung eines leistungsorientierten Entgeltsystems in der Praxis verbunden ist. Es sind hohe direkte und indirekte Verwaltungs-, Einigungs- und "Beeinflussungskosten" zu verzeichnen. Hinzu kommt, dass die zur Verfügung stehenden geringen Mittel keine wesentlichen Motivationswirkungen entfalten dürften.

Das "moderne" Instrument der leistungsorientierten Bezahlung stellt sich bei näherer Betrachtung in Theorie und Praxis zum einen als komplex und dadurch zum anderen auch als schwieriger in der Handhabung heraus als dies der positiv besetzte Begriff der "Leistungsorientierung" zunächst suggerieren mag.

7. Speyerer Demokratietagung "Die deutsche Krankheit: Organisierte Unverantwortlichkeit?"

Die 7. Speyerer Demokratietagung hatte mit dem Thema "Die deutsche Krankheit: Organisierte Unverantwortlichkeit?" und einem hochkarätigen Kreis von Referenten rund 150 Teilnehmer nach Speyer gelockt. Die Tagung fand vom 28.–29. Oktober 2004, wie immer unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Professor Dr. Hans Herbert von Arnim, statt.

In Deutschland herrsche organisierte Unverant-wortlichkeit, eine Formulierung, die inzwischen auch von deutschen Politikern verwendet würde. Systemmängel lähmten die Regierungen und die Bürger. Zwischen den Herausforderungen, denen Deutschland gegenüberstehe, und der erforderlichen Reformfähigkeit klaffe eine große Diskrepanz. Es fehle nicht nur am guten Willen der Politiker, was durch einen großen Ruck zu beheben wäre. Vielmehr stimme mit dem politischen System etwas nicht – so die Thesen der Veranstalter. Die Speyerer Tagung wollte die zentralen Probleme aufzeigen und auch Wege zu ihrer Überwindung diskutieren.

Nach der Eröffnung der Tagung durch den Rektor der Hochschule, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, am Donnerstagvormittag hielt Professor Dr. Dr. h.c. Hans Meyer von der Humboldt Universität Berlin das Eröffnungsreferat über "Die deutsche Krankheit: Organisierte Unverantwortlichkeit?". Meyer untersuchte die Stellung des Bundesrats, den Anteil von Zustimmungsgesetzen an der Gesetzgebung, die Verfassungsreform von 1994, die Änderung des Art. 23 GG und die Finanzverfassung und kam zu dem Schluss, dass man in Bezug auf den deutschen Föderalismus in der Tat von einer "organisierten Verantwortlichkeit" sprechen könne. Das verstoße gegen den Grundgedanken der Demokratie, aber der Änderung des bisherigen Zustands stünden Machtinteressen entgegen. Ein Ausweg könnte in Art. 146 GG zu sehen sein.

Professor Dr. Hans Herbert von Arnim, DHV Speyer, sprach im Anschluss "Zur Reform der Reformfähigkeit". Viel Grundlegendes müsse in Deutschland reformiert werden, aber die vielen Vetospieler im deutschen politischen System machten die Durchsetzung von Reformvorhaben besonders schwierig. Um Blockaden aufzulösen, müsste das System grundlegend reformiert wer-

den. Doch dem stünden Machtinteressen von Politikern entgegen. Mit der Änderung des Wahlrechts und der Einführung der Direktwahl des Ministerpräsidenten, Reformen, die auch am Parlament vorbei über Volksbegehren und Volksentscheide durchgesetzt werden könnten, könne das politische System der Länder modernisiert und die Politik eher handlungsfähig gemacht werden.

Auch Professor Dr. Wolfgang Renzsch, Universität Magdeburg, sprach über Deformationen des deutschen Föderalismus und mögliche Abhilfen, wobei der Referent vor allem auf Probleme der Finanzverfassung und der Finanzierung von Länderaufgaben hinwies.

Professor Dr. Joachim Linck, Direktor des Thüringer Landtags, stellte in seinem Referat zur Stellung der Länderparlamente im deutschen Staatswesen fest, dass die Länderparlamente aufgrund der Verlagerung von Gesetzgebungs- und Steuerkompetenzen auf den Bund und zunehmend auch auf Europa weitgehend entmachtet seien. Der Referent schlug eine Revitalisierung der Landesparlamente vor allem durch die Entflechtung von Bundes- und Landeskompetenzen, von Mischverwaltungen und von Mischfinanzierungen vor. Die EU müsse föderalisiert werden. Nur wenn diese grundlegenden Reformen wenigstens annähernd verwirklicht würden, hätten die Länder und Landesparlamente noch eine Zukunft. Ein guter Staat verlange differenzierte Strukturen, die sich am Subsidiaritätsprinzip orientierten. Und in einem so gegliederten Staatswesen komme gerade den Ländern und ihren Parlamenten eine ganz wesentliche demokratische Repräsentationsfunk-

Professor Dr. Volker von Prittwitz von der Freien Universität Berlin verglich das Bundestags-, die Landtags- und die Kommunalwahlrechte der Bundesrepublik Deutschland mit den Wahlrechten anderer europäischer Staaten. Die Deutschen hätten bei den nationalen Wahlen nur geringe und bei den EU-Wahlen keine Möglichkeit der Personenauswahl. In der Europäischen Union sei Deutschland zudem das einzige Land, das seinen Bürgern auf nationalstaatlicher Ebene keine Gelegenheit zu einer nationalen Volksabstimmung einräume. Nach diesen beiden Partizipationsgesichtspunkten sei Deutschland Schlusslicht in der

Europäischen Union. Gemessen an Kriterien der Abstimmungsdemokratie und der Auswahlmöglichkeit des politischen Personals, sei Deutschland nicht mit anderen EU-Ländern, sondern eher mit dem Aufnahmekandidaten Türkei vergleichbar. Auch die Türkei habe noch kein einziges Referendum zugelassen und kenne nur starre Listen.

Dr. Heike Merten, Geschäftsführerin des Instituts für Deutsches und Europäisches Parteienrecht und Parteienforschung an der Universität Düsseldorf, zeigte aktuelle Probleme bei der Finanzierung der politischen Parteien auf. Gesetzesänderungen seien nur bedingt dazu in der Lage, die Glaubwürdigkeit der politischen Parteien wieder herzustellen. Das müssten die Parteien selbst tun. Immerhin aber seien die immer wieder publik werdenden Skandale der Parteienfinanzierung ein deutlicher Beleg für die gut funktionierende öffentliche Kontrolle.

Die Abendveranstaltung auf dem Hambacher Schloss, traditionell einer der Höhepunkte der Tagung, wurde diesmal von einer Dinner Speech des wissenschaftlichen Leiters selbst eingeleitet. Im Vortrag über das Hambacher Fest von 1832 betonte Professor Dr. von Arnim noch einmal den Mut der damaligen Akteure, die für ihre fortschrittlichen Überzeugungen alles riskiert hätten. Gleichzeitig hob der Referent hervor, wie sehr man angesichts der damaligen Erfahrungen die uns heute als selbstverständlich erscheinende Meinungs- und Pressefreiheit schätzen sollte.

Professor Dr. Dr. h.c. Rüdiger Pohl von der Universität Halle-Wittenberg klärte am Freitagmorgen mit seinem Referat "Aufbau Ost - eine Sackgasse?" über die wirtschaftliche Situation sowohl der neuen Bundesländer als auch Deutschlands insgesamt auf. Die Transferzahlungen von West nach Ost hätten entgegen dem ersten Anschein viel Gutes bewirkt, vor allem sei die Infrastruktur im Osten modernisiert und die wirtschaftliche Entwicklung gefördert worden. Das Pro-Kopf-Wachstum im Osten sei derzeit höher als das im Westen. Die wirklichen Probleme Deutschlands resultierten nicht aus dem Aufbau Ost, sondern aus wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Strukturproblemen, die ganz Deutschland beträfen. In ganz Deutschland müsse das Wirtschaftswachstum ansteigen, Ost und West kämen nur gemeinsam aus der Krise - oder gar nicht.

Professor Dr. Rainer Wahl aus Freiburg sprach zum Thema Ämterpatronage. Ämterpatronage sei nicht nur ein Phänomen der Demokratie, sondern träte auch in anderen Staatsformen auf. Das Ausmaß der Ämterpatronage gerade in Deutschland sei aber auf die starke Stellung der Parteien und die damit verbundene besonders stark ausgeprägte "Parteibuchverwaltung" zurückzuführen. In anderen Ländern, wie etwa in Großbritannien, sei die Situation eine völlig andere. Wahl machte eine Reihe von Reformvorschlägen, die vom Ausbau der Konkurrentenklage bis zu einem Verbot parteipolitischer Betätigung oder sogar einem Verbot der Parteimitgliedschaft für öffentliche Bedienstete gingen.

Vor der Abschlussdiskussion referierte Professor Dr. Johann Graf Lambsdorff aus Passau über den Stand der Korruptionsbekämpfung in Deutschland. Von besonderer Dringlichkeit sei der Erlass eines bundesweiten Informationsfreiheitsgesetzes und der Ausbau des Schutzes von Whistleblowern. Durch erstere Maßnahme würde mehr Transparenz in der öffentlichen Verwaltung geschaffen und deren Handlungsspielraum eingeschränkt. Die zweite Maßnahme sei unabdingbar, um rechtstreue Mitbürger zur Aussage gegen korrupte Akteure zu bewegen. Ein einzurichtendes Korruptionsregister müsse zumindest eine Strafmilderung bei Selbstanzeige sowohl für Unternehmen als auch Mitarbeiter beinhalten. Vertragsstrafen griffen schnell und könnten auch gegen große Firmen durchgesetzt werden. Aufgrund internationaler Tendenzen würde Deutschland einem echten Unternehmensstrafrecht mittel- bis langfristig wohl nicht ausweichen können. Hierbei sollte eine Variante gewählt werden, die Unternehmen zur Rechenschaft ziehe, wenn Korruption das Resultat unzureichender Kontrollmaßnahmen sei oder diese sogar toleriert oder gefördert würde. Das Schweizer Unternehmensstrafrecht sei vorbildlich, weil es Strafmilderungen für Unternehmen zulasse, die effektive Maßnahmen gegen Bestechung nachweisen können.

Die Vorträge der Referenten, die durchweg auf große Resonanz unter den Teilnehmern stießen, werden in einem Tagungsband dokumentiert, der im Frühjahr 2005 bei Duncker & Humblot erscheinen wird.

Stefan Kleb

Erfolgreiche Gestaltung von Modernisierungsprozessen



Wie kann Modernisierung erfolgreich geplant und gestaltet werden und wie gewinnt sie an Nachhaltigkeit? Dieser Frage ging drei Tage lang das Forum der DHV Speyer nach.

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill und Univ.-Prof. Dr. Helmut Klages widmete sich das Forum "Erfolgreiche Gestaltung von Modernisierungsprozessen" vom 25. bis 27. Oktober 2004 der inhaltlichen Konzipierung und der Prozessgestaltung von Modernisierungsprozessen. Die Veranstaltung behandelte das Thema anhand neuerer Modernisierungs- und Evaluationskonzepte sowie mit Hilfe von erfolgreichen Praxisbeispielen. Thematisch war das Forum in die Schwerpunkte Bürokratieabbau, Bürgereinbeziehung, Haushaltskonsolidierung, Erfahrungen aus der Privatwirtschaft, Kooperative Modernisierung und Modernes Personalmanagement gegliedert. Gleich nach der Begrüßung und Einführung durch Univ.-Professor Dr. Hill referierte der Regierungspräsident der Bezirksregierung Detmold zum Bürokratieabbau in Ostwestfalen-Lippe, bevor Thomas Brühmann von der Wirtschaftsförderung Münster GmbH Probleme des Kundenbeziehungsmanagements für mittelständische Unternehmen beleuchtete. Am Beispiel Ulm/Neu-Ulm erläuterte Rolf Johannsen von der MEDIA@Komm-TRANSFER eine erfolgreiche landesgrenzenüberschreitende elektronische Gewerbeflächenvermarktung.

Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann und Univ.-Prof. Dr. Helmut Klages von der DHV Speyer stellten "Verwaltungsdurchblick" mit "Verwaltungsdurchklick", dem Portal im Rhein-Neckar-Dreieck bzw. Bürgerpanels als Instrument und Motor der Verwaltungsmodernisierung vor, bevor dann die bürgerschaftliche Teilhabe an der Verwaltungsmodernisierung in Dürmentingen/Oberschwaben und die lokale Demokratiebilanz in Leipzig vom Bürgermeister der Gemeinde Dürmentingen, Wolfgang Wörner, sowie von Ralph Keppler, Stadtbüro Leipzig, beleuchtet wurden.

Weitere Referenten waren u. a. der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Joachim Erwin, mit einem Referat zum Thema "Ausgeglichener Haushalt 2004 – zum fünften Mal in Folge" sowie Martin Strele vom Büro für Zukunftsfragen, Vorarlberger Landesregierung, der das "Unternehmen Vorarlberg: Die Gestaltung und Evaluation nachhaltiger Entwicklungsprozesse und ihrer Ergebnisse" vorstellte.

Das sehr erfolgreich verlaufene Forum knüpfte an die Veranstaltungen der Vorjahre. Alle Beteiligten waren sich darüber einig, dass von den ausgewählten konkreten Beispielen aus der Praxis in Deutschland und Österreich viel über die erfolgreiche Gestaltung von Modernisierungsprozessen zu lernen war. Das Konzept des Lernens anhand von bestpractice-Beispielen hat sich in diesem Forum wieder in eindrucksvoller Weise bewährt.

Auch Schrumpfung braucht Gestaltung

Tagung zur demografischen Entwicklung

Trend der Bevölkerungsentwicklung bis 2050



Bedenkliche Prognosen: die Bevölkerungsentwicklung bis 2050

Zum nunmehr 6. Male lud Univ-Prof. Dr. Hermann Hill Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter in Ministerien zum TOP-Seminar nach Speyer. Das Thema der diesjährigen Tagung vom 3.-4. Februar 2005 befasste sich auf ausdrücklichen Wunsch der Teilnehmer des Vorjahres mit der demografischen Entwicklung in Deutschland und deren Auswirkungen auf politisches Handeln.

"Wir werden weniger, älter und bunter" - so eine viel zitierte Aussage zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. Zu Beginn der sehr gut besuchten Tagung lieferte denn auch Univ.-Prof. Dr. Helmut Seitz von der Technischen Universität Dresden die empirischen Fakten für die Bevölkerungsentwicklung der kommenden Jahrzehnte. Dr. Hans-Peter Gatzweiler, Abteilungsleiter im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in Bonn, machte in seinem Vortrag deutlich, dass sich die demografische Entwicklung in Deutschland regional unterschiedlich verhalten werde. Neben schrumpfenden Städten bzw. Regionen (www.schrumpfende-stadt.de) werde es auch einige Regionen geben, die ein Wachstum der Bevölkerungszahl erwarten können. So hat beispielsweise die Freie Hansestadt Hamburg ein Leitbild "Wachsende Stadt" entwickelt (www.wachsende-stadt-hamburg.de). Die räumliche Dimension des demografischen Wandels



und seine Dynamik würden daher künftig noch stärker als bisher schon die Raum- und Stadtentwicklung in Deutschland bestimmen.

Weitere Referenten waren Dr. Gottfried Richenhagen vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen und Martin Stadelmaier, Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz. Es müsse, so Prof. Hermann Hill, darum gehen, die vorhanden Potentiale und Ressourcen zu nutzen, statt

Quelle: Junk

sich der Entwicklung nur anzupassen. "Auch Schrumpfung braucht Gestaltung!", so Hill.

Auch Dr. Johannes Meier, Mitglied des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung, stellte in seinem Vortrag heraus, dass die sinkenden Geburtenraten nicht nur eine ernste Bedrohung, sondern gleichzeitig auch "eine Chance für einen gesellschaftlichen Innovationsschub" darstellen.

Auch das Rahmenprogramm der Tagung erfüllte die hohen Erwartungen aus dem letzten Jahr. Am Abend besuchten die Teilnehmer einen pfälzischen Winzerbetrieb und konnten sich dort von den Spezialitäten der heimischen Küche überzeugen.

Professor Hill zog eine überaus positive Bilanz der Tagung und zahlreiche Teilnehmer kündigten schon jetzt ihr Interesse am 7. TOP-Seminar 2006 an, dessen Thema wahrscheinlich "Vernetztes Arbeiten" (politikfeldübergreifend, Kommune – Land) sein wird.

Alle Tagungsbeiträge der Tagung sind im Internet unter http://www.dhv-speyer.de/HILL/Tagungen/Tagungen-2005/TOP.htm abrufbar.

Marco Junk

Deutsch-französische Verwaltungszusammenarbeit und Dezentralisierung in Frankreich

Artikel 1 der französischen Verfassung lautet: "Frankreich ist eine unteilbare, laizistische, demokratische und soziale Republik", seit dem 17. März 2003 mit dem

Zusatz: "lhre Organisation ist dezentralisiert". Mit dieser Verfassungsänderung gewinnt das Prinzip eines dezentralisierten Staatsaufbaus eine neue Dimension. Der in den 1980er Jahren initiierte Prozess umfangreicher Kompetenzübertragungen vom Zentralstaat auf die Gebietskörperschaften wird erheblich

beschleunigt und intensiviert.

Im Rahmen eines von Herrn Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch geleiteten Weiterbildungsforums trafen sich von 23.-25. Februar 2005 Beamte von Bund und Ländern an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und in Straßburg, um mit fachkundigen Referenten über Hintergründe und Folgen der aktuellen Staatsre-



Interessante Exkursion mit Rahmenprogramm: Univ.-Professor Dr. S. Fisch (3. v.r.) mit Weiterbildungsgästen in der elsässischen Metropole Foto: DHV

form in Frankreich nachzudenken. Dabei wurden neue Gestaltungsformen für die von beiden Ländern angestrebte Verstärkung der deutsch-französischen Verwaltungskooperation erarbeitet. Als besonders anregend wurde der Arbeitstag in Straßburg beim Conseil Général du Bas-Rhin, beim Conseil Régional d'Alsace und bei der Communauté Urbaine de Strasbourg von den Teil-

> nehmerinnen und Teilnehmern eingeschätzt, nicht zuletzt weil er Anlass zu vielen (Einzel-)Gesprächen mit französischen Beamten aus der sich im Umbruch befindenden Territorialverwaltung gab und einen unmittelbaren Einblick in die französische Verwaltungskultur verschaffte.

Ansprechpartner: gauzy@dhv-speyer.de sfisch@dhv-speyer.de

Florence Gauzy

Deutsch-französisches Doktorandenseminar für junge Juristlnnen von DHV und Paris 1 im Bereich Rechtsvergleichung

Am Rand der von Herrn Univ.Prof. Dr. Stefan Fisch geleiteten
Weiterbildungsveranstaltung zum
Thema "Deutsch-französische
Verwaltungszusammenarbeit und
Dezentralisierung in Frankreich"
fanden vom 23.-25. Februar
2005 Gespräche zwischen einem
Doktorandenvertreter aus der
Universität Paris 1 und interessierten wissenschaftlichen Mitarbeitern bzw. Doktoranden der
Deutschen Hochschule für Ver-

waltungswissenschaften Speyer statt.

Auf Initiative der französischen Doktoranden im Promotionsstudiengang für Rechtsvergleichung an der Universität Paris 1, die durch Herrn Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann mit der DHV Speyer Kontakt aufgenommen haben, soll ein regelmäßiger Fachaustausch mit Doktoranden der DHV Speyer aufgebaut werden, die im selben Bereich pro-

movieren. Darüber hinaus wird zurzeit die Möglichkeit geprüft, ob mit Drittmittelfinanzierung ein jährliches deutsch-französisches Doktorandenseminar zur Rechtsvergleichung zwischen den beiden Universitäten organisiert werden kann.

Ansprechpartner:

gauzy@dhv-speyer.de yoanvilain@hotmail.com

Florence Gauzy & Yoan Vilain

8. Fachmesse und Kongress MODERNER STAAT 2004



Das Messegelände am Berliner Funkturm

Unter dem Motto "Innovationen für den Public Sector" fand am 23. und 24. November 2004 die 8. Fachmesse und Kongress MODERNER STAAT auf dem Messegelände Berlin statt. Neben der GFE und der Initiative D 21 war die DHV Speyer als Partner der unter der Schirmherrschaft des Bundesministers des Innern Otto Schily stehenden bundesweit zentralen Veranstaltung zur Modernisierung öffentlicher Verwaltungen in Bund,

Ländern und Gemeinden dabei. Mehr als 3.100 Messebesucher und Kongressteilnehmer, darunter rund 70 Prozent leitende Beamte, kamen zur "Pilgerstätte der Verwaltungsmodernisierer", wie die Staatssekretärin im Bundesministerium des Inneren und DHV Speyer-Absolventin Ute Vogt die Messe in ihrer Eröffnungsrede bezeichnete. Der in Halle 8.2 gelegene Messestand der Hochschule war während der gesamten Messezeit ausgesprochen gut besucht. Vera Silke Saatweber und Armin Liebig informierten die Besucher über den 7. Speyerer Qualitätswettbewerb und über das Common Assess-



Gut besuchter Messestand der DHV Speyer

ment Framework (CAF), während Lena Metz allgemeine Fragen zur DHV Speyer und zum Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung beantwortete. Viele Besucher des Messestandes zeigten sich gut informiert über die Tätigkeitsfelder der DHV Speyer in Forschung, Lehre und Fortbildung und stellten zum Teil sehr konkrete Fragen zu einzelnen Themengebieten. Dem Standteam gelang es aber auch, Funktion und Aufgaben der Hochschule den Teilen des Publikums nahe zu bringen, die die Hochschule bisher nicht kannten oder nur unzureichend informiert waren. In zum Teil langen Gesprächen konnte für die DHV Speyer und die Einrichtungen, die mit ihr in Zusammenhang stehen, geworben werden.



Präsent in Halle 8.2: Das Speyerer CAF-Team

Start des 7. Speyerer Oualitätswettbewerbs in Deutschland

Nachdem der Start des 7. Speyerer Qualitätswettbewerbs für Bewerber aus Österreich und der Schweiz schon am 8. Oktober 2004 in Wels bzw. am 28. Oktober 2004 in Luzern erfolgte, gaben Ministeri-

aldirektor Ernst Hüper (Bundesministerium des Inneren), Univ.-Prof. Dr. Helmut Klages und Dr. Hans Hack am Nachmittag des ersten Kongresstages nun auch den offiziellen Startschuss für Deutschland. Das interessierte Fachpublikum erhielt



Speyer-Absolventin Ute Vogt Foto: Reed-Expo



Zahlreiche Gespräche über das Leistungsangebot der DHV Speyer, des CAF-Zentrums und des FÖV

von den Referenten Informationen aus erster Hand über Voraussetzungen und Ablauf des Wettbewerbs. Eine Vielzahl von Interessenten nutzte im Rahmen der Abendveranstaltung für Aussteller und Besucher der Messe am selben Abend und am zweiten Messetag die Gelegenheit, sich beim Team des Speyerer Qualitätswettbewerbs noch detaillierter über den Wettbewerb zu informieren. Frau Saatweber, Dr. Hack und Herr Liebig konnten dabei nicht nur etliche Bewerber für die Teilnahme gewinnen, sondern auch Kontakte zu potentiellen neuen Sponsoren und zur Presse knüpfen.

Hochrangiger Besuch am 2. Messetag

Am zweiten Messetag konnte der Rektor der DHV Speyer, Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch, die Staatssekretärin im Justizministerium Rheinland-Pfalz, Frau Dr. Stefanie Lejeune am Messestand begrüßen. Die Staatssekretärin, die seit dem Wintersemester 2004/05 Lehrbeauftragte der DHV Speyer ist, zeigte sich sehr erfreut über die Präsenz der Hochschule auf der Messe und im Rahmen des Kongresses MO-DERNER STAAT 2004. Trotz ihres engen Zeitplans ließ es sich Frau Dr. Lejeune im Anschluss nicht nehmen, auch einen Teil des Ländernachmittags der DHV Speyer zu besuchen.

Ländernachmittag der DHV Speyer am 2. Kongresstag

Um 14.00 Uhr am zweiten Kongresstag eröffnete Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch als Rektor der DHV Speyer den von der Hochschule ausgerichteten Ländernachmittag. Er begrüßte die Teilnehmer und Referenten und nutzte die Gelegenheit die Hochschule dem Fachpublikum kurz vorzustellen. Im Anschluss referierten Dr. Jörn von Lucke (Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der

DHV Speyer), Georg Schäfer (Innenministerium Baden-Württemberg) und Rainer Scheppelmann (Finanzbehörde der Stadt Hamburg) zum Thema "Verwaltungsübergreifende Portale aus Ländersicht - Potentiale, Erfahrungen und Anmerkungen". Während des zweiten Teils des Ländernachmittags beschäftigten sich Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber (DHV Speyer), Klaus Feiler (Senatsverwaltung für Finanzen in Berlin), Dr. Tilmann Schweisfurth (Landesrechnungshof Mecklenburg-Vorpommern und Antje Hermenau MdB/MdL des Freistaates Sachsen mit der Frage: "Länderhaushalte vor dem Kollaps?". Der Ländernachmittag war, obwohl zeitlich eher ungünstig gelegen, mit 50 bis 60 Teilnehmern sehr gut besucht. Die Referentinnen und Referenten waren mit der Resonanz ihrer Veranstaltungen sehr zufrieden und werteten den Ländernachmittag als großen Erfolg.

Nach Ende der Messe dankte Brita Wirtz von der Geschäftsleitung des Messveranstalters Messe Berlin Reed GmbH dem Rektor und dem Team der DHV Speyer für die gute Zusammenarbeit. Sie regte an, die Partnerschaft der DHV Speyer mit der Messe MODERNER STAAT im nächsten Jahr fortzusetzten und zu intensivieren. Diese Anregung aufgreifend, laufen derzeit bereits die Planungen für eine erweiterte Teilnahme der Hochschule im November 2005.



Dr. von Lucke referiert auf dem erfolgreichen Ländernachmittag Fotos: DHV

Führungskolleg Speyer



Kurswoche in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Berlin

Der 6. Kurs des Führungskollegs absolvierte im vergangenen Semester drei Kurswochen. Wieder wurde ein anspruchsvolles Programm geboten, wechselten auf fachliches Wissen und auf Führungsverhalten ausgerichtete Schwerpunkte einander ab. Eher theoretisch ausgerichtete Beiträge zu sach- und führungsbezogenen Themen waren ebenso Bestandteil der Kurswochen wie Fallbeispiele und Training. Referenten kamen aus Wissenschaft und Praxis, Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Zahlreiche Hintergrundgespräche, Gelegenheit zur Begegnung mit prominenten Vertretern aus Politik und Verwaltung und informeller themenbezogener Diskussion, ergänzten das Programm. Immer blieb dabei im Fokus, die Weiterentwicklung führungsrelevanter Kompetenzen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu fördern. Im vergangenen Semester fand außerdem ein Follow-up-Treffen statt. Es gab allen bisherigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Führungskollegs Gelegenheit zur Wissensvertiefung und zum Erfahrungsaustausch.

Begonnen hatte das vergangene Semester mit dem Wochenschwerpunkt Finanzen und Haushalt. Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte auf nationaler und internationaler Ebene, deren Ursachen, Ansätze und Strategien zur Konsolidierung sowie grundlegende Veränderungen des Steuerungssystems waren wesentliche Themen. Beiträge zeigten die Strukturprobleme der öffentlichen Haushalte, vielfältige Ursachen der unterschiedlichen Entwicklung verschiedener Staaten, die Schwierigkeit einer Verschuldungsbegrenzung durch formelle Kriterien und strategische Ansätze zur Haushaltskonsolidierung und verdeutlichten die bestehenden Herausforderungen. Ansätze und Anforderungen neuer Steuerungssysteme aus der Sicht von Wissenschaft

Bräunig ("Old and New Public Management") und Rolf Seikel, Hessisches Ministerium der Finanzen ("Umsetzung Foto: DHV-Archiv des Neuen Steuerungs-

und Praxis stellten Prof. Dr. Ingolf Deubel, Staatssekretär im Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz ("Haushalts- und Finanzwirtschaft in Rheinland-Pfalz"), Univ.-Prof. Dr. Dietmar

modells in der Landesverwaltung Hessen") vor. In einem Hintergrundgespräch mit dem Präsidenten des Bundesrechnungshofs, Prof. Dr. Dieter Engels, wurde die Rolle des Rechnungshofs im Haushaltsund Finanzsystem erörtert.

Mit "Haushalt und Finanzen" befasste sich auch das fachliche Programm des in die Kurswoche integrierten Follow-up-Treffens, zu dem der wissenschaftliche Leiter des FKS VI, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, neben den Teilnehmern des aktuellen Kurses etwa 40 "Ehemalige" begrüßen konnte. Verschuldungsproblematik und Public Private Partnership als zunehmend verbreitete, nicht zuletzt auf Staatsentlastung zielende Handlungsform waren Gegenstand der Beiträge im Plenum und wurden lebhaft diskutiert. Hochrangige und renommierte Referenten gestalteten die Beiträge. Karl Diller, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, ging den widersprüchlichen Anforderungen von nachhaltiger Haushaltswirtschaft und aktuellem Finanzbedarf nach, zeigte die (begrenzten) Steuerungsmöglichkeiten und die vielfältigen Auswirkungen von Entscheidungen über die Gestaltung von Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte; Univ.-Prof. Dr. Dietrich Budäus ("Public Private Partnership - Probleme und Chancen") gab wichtige Hinweise zu Gestaltungsmöglichkeiten und möglichen Fallstricken. Das Beispiel der Warnow-Querung zeigte die praktische Relevanz der theoretischen Ausführungen. Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und zur Netzwerkbildung mit den Teilnehmern früherer Führungskollegs gaben die anschließenden Diskussionen, das gemeinsame Abendessen und dann auch die zum Teil speziell für einzelne Kurse gestalteten Veranstaltungen des Freitagvormittag. Hier referierte etwa Thomas Christmann, StS a. D. und Teilnehmer des FKS l, unterhaltsam und informativ über eigene Erfahrungen mit der Umsetzung der im FKS gewonnenen Erkenntnisse in der Praxis, nicht zuletzt zum Thema "Wunsch und Wirklichkeit des Sparens". Das FKS in der personalpolitischen Praxis der Länder und das Profil des FKS in der Landesverwaltung waren weitere Themen und demonstrierten das nach wie vor bestehende Interesse am FKS.

Die 7. Kurswoche war dann dem Schwerpunkt Change Management gewidmet. Wesentliche Elemente der Veränderung von Organisationen als Veränderung von Organisationsstruktur und Organisationskultur, die dabei auftretenden Widerstände insbesondere im Bereich menschlichen Verhaltens, ihre Ursachen, Möglichkeiten des Umgangs mit ihnen wurden näher untersucht. Vorgestellt wurden dazu etwa das Change Management bei der Einführung der Balanced Scorecard bei einem Amtsgericht, die Rolle von Führungskräften bei der Einführung des Neuen kommunalen Finanzwesens in NRW, Integrationsmanagement bei der Zusammenlegung von Behörden in Baden-Württemberg. Explizit im Vordergrund stand der Aspekt "menschliches Verhalten" im Beitrag "Menschen im Veränderungsprozess" (Univ.-Prof. Dr. Heinrich Wottawa). Hinweise und Übungen zur Überprüfung und Änderung des eigenen Verhaltens, im Hinblick auf effizientere Wahrnehmung von Fachaufgaben und Mitarbeiterführung bildeten einen weiteren Schwerpunkt. Ein sehr instruktives Hintergrundgespräch

zu Prozessen der Verwaltungsreform in Rheinland Pfalz mit Dr. Hermann Bolz, Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, und ein Gespräch der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit dem Ständigen Arbeitskreis des FKS rundeten die Woche ab.

Schwerpunkt der 8. Kurswoche schließlich, die in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Berlin stattfand, war e-government/Wissensmanagement. Aus den vielen für Führungskräfte relevanten Aspekten des

zunehmenden Einsatzes elektronischer Medien wurden einige wesentliche herausgegriffen: Der Einfluss neuer technischer Medien auf Organisationsstrukturen, etwa in Landesverwaltungen oder auch auf das föderale System und die Veränderung von Prozessen, die Auswirkungen auf Personal und Personalführung, Informationsgewinnung und Informationsüberflutung durch elektronische Medien. Übungen zu Konfliktlösung und Verhandlungstraining ergänzten dieses Mal die Kurswoche. Der Tagungsort Berlin bot außerdem die Möglichkeit zu vielen interessanten Hintergrundgesprächen mit Vertretern von Politik (Bundesministerin der Justiz Brigitte Zypries, Staatssekretär Wewer, Bundesministerium des Innern, SPD-Generalsekretär Benneter, Dr. Brouer, Direktor des Bundesrates) - Verwaltungsreform, Föderalismus und e-government waren hier die wesentlichen Themen - und Medien (Peter Frey, Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios, Jan Fleischhauer, stellvertretender Leiter des Berliner Hauptstadtbüros des Spiegel). Zustande kam so eine noch über das übliche Maß hinaus intensive, aber auch ertragreiche Arbeitswoche mit vielen Gesprächen bis in die späten Abendstunden.

Angelika Benz

Foto: DHV-Archiv



Ehemalige und aktuelle Kursteilnehmer beim Follow-Up-Seminar

Personalia (1. Oktober 2004 bis 30. März 2005)

a) Einstellungen / Ernennungen / Versetzungen:

- 01.10.04 Knorr, Andreas, Univ.-Prof. Dr., Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere nationale und internationale Wirtschaftspolitik
- 01.10.04 Baranova, Kira, Dr., wiss. Angestellte am Lehrstuhl von Frau Univ.-Prof. Dr. Färber
- 01.10.04 Beckmann, Rene Christoph, Dipl.-Volkswirt, wiss. Angestellter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
- 01.10.04 Schilke, Oliver, Dipl.-Kaufmann, wiss. Angestellter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
- 01.11.04 Eichinger, Andreas, Dipl.-Ökonom, wiss. Angestellter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Knorr
- 01.11.04 Junk, Marco, Assessor, wiss. Angestellter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Hill
- 01.11.04 Schoppa, Kathrin, Assessorin, wiss. Angestellte am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Pitschas
- 01.02.05 Müller, Andrea, Dr., wiss. Angestellte am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. R. Fisch

b) Ausscheiden / Entpflichtungen:

- 31.01.05 Koch, Stefan, Dr., wiss. Angestellter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. R. Fisch
- 31.03.05 Von Arnim, Hans Herbert, Univ.-Prof. Dr., Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Kommunalrecht und Haushaltsrecht und Verfassungslehre
- 31.03.05 Kleb, Stefan, Ass., Mag. rer. publ., wiss. Angestellter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. von Arnim

c) Dienstjübiläen:

Herr Bibliotheksoberinspektor Thomas Bauer beging am 02.01.05 sein 25-jähriges Dienstjubiläum. Frau Dipl.-Bibliothekarin Sybille Wanda beging am 18.03.05 ihr 25-jähriges Dienstjubiläum



40 Jahre im Dienst der Wissenschaft: Glückwünsche vom Prorektor (I.) und von Personalratsvorsitzender Lindenschmitt (m.) an den Rektor Foto: DHV

Sein 40-jähriges Dienstjubiläum beginn Univ.-Prof. Dr. R. Fisch, der Rektor der DHV Speyer, am 1. Dezember 2004. Die Dankesurkunde des Ministerpräsidenten erhielt er zwar in Mainz, an der Hochschule in Speyer ließen es sich aber Univ.-Prof. Dr. K.-P. Sommermann als Prorektor und Margit Lindenschmitt als Personalratsvorsitzende nicht nehmen, dem Jubilar Blumen zu überreichen und ihm auch für

seinen weiteren Berufs- und Lebensweg alles Gute zu wünschen.

Im Jahr 1964 hatte Fisch seine wissenschaftliche Laufbahn als Assistent an der Ruhr-Universität in Bochum begonnen. Weitere Stationen seiner Karriere waren in den folgenden Jahren dann die Universitäten in Düsseldorf, Saarbrücken und Konstanz, bevor er 1992 nach Speyer berufen wurde.

Promotionen im Wintersemester 2004/2005

Holger Reinstein: Der Wandel des Disziplinarrechts in der modernen Verwaltung, o. O. [2004]. Gutachter: K.-H. Boujong/H. Siedentopf

Oliver Schmidt: Globalisierung und Arbeitsstandards: Kontroversen, Grundlagen, Ansätze (Veröffentlichung in Vorbereitung). Gutachter: D. Duwendag/C. Böhret

Karl-Theodor Diedrich: Führungsorganisation im Neuen Steuerungsmodell: Modernes Management in der Kommune. Iserlohn 2005. Gutachter: H. Klages/H. Hill

Karsten Kayser: Inhalt und Grenzen der Sozialversicherung unter dem Grundgesetz (Veröffentlichung in Vorbereitung). Gutachter: D. Merten/J. Ziekow

Alexander Windoffer, Die Klärungsbedürftigkeit und -fähigkeit von Rechtsfragen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes (Veröffentlichung in Vorbereitung). Gutachter: J. Ziekow/H. Hill